

ZOON POLITIKON

Ausgabe 1 5/98 mit Informationen für
Erstsemester/Innen



An Freund und Feind
(Heinz Czechowski)

Wie wir das lesen ist unsere Sache:
Jeder gegen jeden, noch immer?
Und der gegen die symmetrische Welt?
Die Wahrheit? Ja! - Doch nicht die ganze.
Sicher: hier läutet nicht nur die Galle,
Hier wird die Trommel kaum noch gerührt.
Sandkorn um Sandkorn rieselt die Eisenzeit
Ein in das Unsre und in die Welt
Der Schafe und Sterne.
Wir sagen uns Zaubersprüche
Wir schreiben uns Briefe mit blauen Siegeln -
Wer aber soll das rezensieren?
Wo wir auch hinsehn:
Die goldenen Stühle
Längst schon besetzt
Von Kopien nach Originalen.



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Sicherheit ist kein Luxus | 2 |
| Nur fliegen ist schöner | 11 |
| Zur Neuregelung des Hochschulrechts | 12 |
| Uni funktionell | 17 |
| Die Ergebnisse der letzten Hochschulwahl | 18 |
| AStA - On Air | 19 |
| Die FoodCoop stellt sich vor | 21 |
| Neues aus dem HoPo-Referat | 22 |
| Versuch über Moderne und Postmoderne | 23 |
| AudioMax - Das Studentinnen-Magazin bei Radio Darmstadt | 25 |
| Hochschul- und Schloßfest | 27 |
| Kanthers Entwurf gegen ausländische Studierende | 30 |
| Alwin Walther, Freund und Förderer der V2 | 33 |
| Das Menschenrechtsreferat des AStA stellt sich vor | 35 |
| Wie kommt mensch in den AStA | 37 |
| Auch Du bist ein Standortproblem... | 39 |
| Aberglaube und Wahn: Esoterikmesse in Darmstadt | 43 |

Sicherheit ist kein Luxus

von Michael Enderlein und Uli Franke

Der bundesweite Sicherheitsdiskurs treibt auch in Darmstadt obskure Blüten:

- Dem Bürgerstrom auf und um den Luisenplatz werden des öfteren "ausländisch" aussehende Menschen entrissen. Polizei und private Sicherheitsdienste kontrollieren routinemäßig, häufig fehlt der konkrete Verdacht. Das drastischste Beispiel war die Einkesselung von über hundert Bürgern im letzten Jahr, die lediglich die Personenüberprüfung der zufällig Anwesenden zum Zwecke hatte. Der "Runde Tisch gegen Rassismus" berichtet von einem Fall, in dem "nicht deutsch" Aussehende ins Luisen-Center getrieben und dort kontrolliert wurden.
- Auf Initiative von Bürgermeister Knechtel sollen fünf vorher arbeitslose Jugendliche durch Darmstadts Fußgängerzone radeln und durch Präsenz und aufmerksame Beobachtung der Szenerie das Sicherheitsgefühl stärken.
- Die rot-grüne Koalition diskutiert zur Zeit eine vom Ordnungsamt vorgelegte "Gefahrenabwehrverordnung", in der neben Absurditäten wie dem Verbot des Besteigens von Denkmälern und des Durchstöberns von Sperrmüll auch ernstzunehmende Maßnahmen durchgesetzt werden sollen, insbesondere der Erhebung des wilden Plakatierens vom zivilrechtlich zu ahndenden Vergehen zur, mit empfindlichen Strafen belegten, Ordnungswidrigkeit.

Der diesen Aktivitäten zugrunde liegende Sicherheitsdiskurs wird weitgehend irrational geführt. Er befindet sich in einer Spirale der Simulation von Gefahrenquellen und Sicherheitsmaßnahmen. Das sehr stark gewachsene Gefühl der Bedrohung geht nicht von realen Erlebnissen aus, sondern wird von den Medien vermittelt, die mit großer Leichtgläubigkeit des Publikums rechnen können. Bei den 'Sicherheitsmaßnahmen' existiert kaum noch eine Relation zwischen den angestrebten Zielen und den dazu eingesetzten Mitteln. Diese sind unangemessen drastisch und dienen meist anderen Zielen.

Dabei wollen wir die Existenz tatsächlicher Gefahren nicht in Abrede stellen; uns erschüttert jedoch die Ablösung des Diskurses von den gesellschaftlichen Ursachen der Kriminalität sowie der Verlust jedes rationalen Bezugs auf die Quantitäten. Hinzu kommt der Ordnungs- und Sicherheitswahn, der

für die autoritären Charaktere in Bevölkerung und Politik ein eigenständiger Antrieb für Vorstöße wie der Gefahrenabwehrverordnung ist. Impliziert wird damit die zweifelhafte Gleichung sauber = sicher. Solche Überlegungen zum kommunalpolitischen Tagesgeschehen trieben uns zur "soziologischen" Feldforschung:



Ich weiß nicht, was soll es bedeuten...

Am 28.3. zwischen 11 und 13.30 Uhr haben wir auf dem Luisenplatz einen Info-Stand unserer "Initiative Sicherheit in Darmstadts Nachbarschaft" (ISDN) unter dem Slogan "Sicherheit ist kein Luxus" betrieben. Angebliches Ziel: "10% mehr Sicherheit auf dem Lui bis zum Jahr 2000!". Mittels eines zartgrünen Fragebogens, der eine seriöse Mischung aus Hoffnung und Polizei schon optisch vermitteln sollte, wurden knapp 60 Bürgerinnen und Bürger zum Thema "Sicherheit in Darmstadt" befragt. Wie schon dem Fragebogen unschwer zu entnehmen ist, handelte es sich um eine satirische Aktion. Zusätzlich

hängten wir offensichtlich unsinnige und -scharfe Fotos krimineller Handlungen mit ebenso unsinnigen Begleittexten an unsere "Info"-Wand (die im AStA zu besichtigen ist), andererseits war auch für vertrauenserweckende Utensilien wie Kaffee, Kuchen, bunte Ostereier und ein Handy gesorgt. Außerordentlich ordentlich angezogene Menschen lockten Passantinnen und Passanten in etwa mit den Worten "Wir machen eine Umfrage zum Thema Sicherheit. Es geht um Sie!" an den Stand, wo diese sich hilflos den Fragebögen auslieferten. Von den so gesammelten 61 ausgefüllten Faldblättern mussten wir nur 5 wegen offensichtlicher Gegenironie aussortieren, so dass 56 auszuwertende Bögen übrig blieben. Die Auswertung des "persönlichen Sicherheitsprofils" ergab, dass elf Befragte selbst oder zumindest deren Bekannte schon einmal straffällig geworden waren. Eine gewisse Kompetenz in Sicherheitsfragen wäre also zu erwarten gewesen. Trotz der weltweit verbreiteten raucherfeindlichen Stimmung bekannten sich 15 Ausfüller zu ihrer Sucht. Linkshänder besitzen - offenbar genetisch bedingt - kein Potential zum Ausfüllen absurder Fragebögen, denn niemand kreuzte das entsprechende Feld an. Erstaunlicherweise haben relativ wenige Menschen konkrete Erfahrungen mit erlebter Unsicherheit aufzuweisen (Frage 1): der unsicherste Ort war der nächtliche Herrngarten, in dem sich nur 17 Befragte zuletzt "richtig unsicher gefühlt" hatten, gefolgt von der nächtlichen Straßenbahn (9 Nennungen). Obwohl nur 21% um die Videoüberwachung des Luisenplatzes gewusst hatten (Frage 2), wünschten sich 81% eine Ausdehnung dieser Überwachung auf andere Plätze. Als erstes Highlight der Absurdität kam heraus, dass eine Mehrheit von 68% der Befragten die von uns herbeiphantasierte Bedrohung durch "Organdiebstahl" (Frage 3) tatsächlich wahrnimmt. Sogar 86% wollten allen Ernstes die Organdelei auf dem Luisenplatz - die gelegentlichen Nachfragen bezüglich der Haltbarkeit der Ware hatten wir mit dem Verweis auf entsprechende "Optionsscheine" pariert - "im Keim ersticken" wissen. Unsere brillante Anregung, der Stadt Darmstadt das Attribut "Sicherheitsstadt" zu verleihen (Frage 4), ist leider mit nur 47% Zustimmung knapp gescheitert. Im Wählerspektrum der über 60-jährigen verspricht diese Forderung jedoch politische Hegemonie, denn von den 9 Befragten sprachen sich 8 für die Umbenennung aus.



Auch für die grundsätzliche erkennungsdienstliche Behandlung von Linkshändern (Frage 5), angeblich vorgeschlagen von "Dr." Manfred Kanther, ist in dieser Altersgruppe eine erhebliche Zustimmung (50%) zu verzeichnen. Hier schlägt offenbar eine Neigung zu biologistischen und extrem autoritären Denkweisen durch, die bei den restlichen Befragten glücklicherweise (nur 10%ige Zustimmung!) kaum vorhanden war. Wie gesagt: kein einziger der Befragten wollte Linkshänder gewesen sein. Den Wunsch nach dem Eindringen der ISDN in die Privatsphäre (Fragen 6-9) teilt zwar nicht die Mehrheit, aber doch eine erstaunlich große Minderheit der Ausfüller. Mit 43% Zuspruch am willkommensten war die Untersuchung des persönlichen Umfelds, u.a. durch "Sicherheits-Paläontologen". Der persönliche Lauschangriff zur Abwehr "obszöner Anrufer" ist mit 16% am wenigsten populär. Doch wenn es wieder um andere geht, nämlich um die Überwachung größerer Gruppen im öffentlichen Raum (Frage 10) durch die private ISDN, sind wieder deutliche Mehrheiten aufzufinden: 78%, darunter alle über 60-jährigen, wünschen diese Überwachung, wobei die durchschnittliche Größe einer als Gruppe bzw. potentielle Bande wahrgenommenen Menschenansammlung 5,6 Personen beträgt. Der nächste Vorschlag aus dem allertiefsten Absurdistan - wieder geadelt durch einen Scheinakademiker, diesmal "Dr." Horst Knechtel -, nämlich das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in der Fußgängerzone durch die Einrichtung "bemannter Sicherheitsschleusen" zu stärken (Frage 12), fand eine erstaunlich große Zustimmung von 47%. Eine Mehrheit (67%) für dieses "Konzept" findet sich jedoch erst, wenn der jeden Schwachsinn legitimierende Arbeitsmarkt ins Spiel gebracht wird. Rio Reiser (Frage 16) hin oder her, die Darmstädter bevorzugen in fast allen Altersgruppen die ökologische Steuerreform (26 Nennungen), dicht gefolgt von der wie auch immer gearteten "sicherheitsorientierten Steuerreform" (20). Das FDP-Konzept der "profitorientierten Steuerreform" landete abgeschlagen auf dem letzten Platz (4). Allerdings haperte es am eigenen

Engagement für eine doch im wesentlichen als sinnvoll empfundene Initiative (Fragen 18,19). Trotz der selbst als zu niedrig eingeschätzten Renten hätte die ISDN mit vier Spenden und drei Fördermitgliedschaften von über 60-jährigen zu rechnen, mehr wäre von den Befragten allerdings finanziell kaum zu ho-

len. Nur 9 (jüngere) Sicherheitsbewusste sind bereit, die Initiative aktiv personell zu unterstützen. Ein angesichts der uns zugeschriebenen hohen Kompetenz in Sicherheitsfragen erstaunliches, aber letztlich doch erfreuliches Ergebnis.



Wer mit spontaner Selbsterkenntnis gerechnet - oder wie wir wenigstens darauf gehofft - hatte, wurde eines anderen belehrt. Nur 20% der Befragten dämmerte, dass die Diskussion um Sicherheit zur Verunsicherung beiträgt (Frage 14). Sogar der finale Wink mit dem Zaunpfahl in der abschließenden Frage war weitestgehend fruchtlos: nur vier Befragte bezeichneten sich durch die Befragung selbst verunsichert, immerhin 10 waren sich nicht ganz sicher, aber 33 fühlten sich ganz sicher nicht verarscht.

Offenbar wurde, daß jede noch so hanebüchene Beschreibung einer Bedrohung problemlos in subjektive Wahrnehmung übergehen kann. Gleichzeitig fanden sich Mehrheiten, gegen die scheinbare Bedrohung wahlweise mit völlig unsinnigen oder überzogenen drastischen Maßnahmen vorzugehen.

Der Rummel der autoritären Charaktere bestimmt auch den nächsten Wahlkampf:

Ordnung für alle, Sicherheit für niemand!

Initiative
Sicherheit in
Darmstadts
Nachbarschaft

Wir reagieren nie zu spät.

?

Wir halten Ausschau nach Darmstadts Sicherheit



Initiative
Sicherheit
für Darmstadts
Nachbarschaft

Wir halten Ausschau nach Darmstadts Sicherheit



Initiative
Sicherheit
für Darmstadts
Nachbarschaft

INITIATIVE

SICHERHEIT FÜR

DARMSTADTS

NACHBARSCHAFT



Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fühlen sich verunsichert. Es muss etwas getan werden! Das radelnde Präventionsteam ist ein Anfang. Dank an Bürgermeister Dr. Horst Knechtel, der die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt!

Um sein Sicherheitskonzept zu unterstützen, haben wir, eine Gruppe besorgter und sicherheitsbewusster Bürgerinnen und Bürger, nach amerikanischem Vorbild die "Initiative Sicherheit für Darmstadts Nachbarschaft" gegründet. Bitte unterstützen Sie unser Anliegen, indem Sie die folgenden Fragen gewissenhaft beantworten. Wir brauchen Ihre Mithilfe, damit wir unser freiwilliges Engagement auf Ihre Sicherheitsbedürfnisse zuschneiden und Bürgermeister Dr. Knechtel Ihre weiterreichenden Anregungen übermitteln können.

Mach mit:

10% mehr Sicherheit auf dem Lui bis zum Jahr 2000!

Ihr persönliches Sicherheitsprofil:

männlich weiblich

Körpergröße: _____ cm

Alter: unter 20 20 bis 40 40 bis 60 60 bis 75 über 75

Ich bin schon einmal straffällig geworden

Verwandte, Freunde oder Bekannte von mir sind schon einmal straffällig geworden

Ich bin Raucher

Ich bin Linkshänder

7. Ich möchte, dass mein Telefon zu meiner eigenen Sicherheit ständig überwacht wird, beispielsweise, um obszöne Anrufer dingfest zu machen.

ja

nein

8. Ich hätte Interesse daran, dass der Sicherheitsdienst der "Initiative Sicherheit für Darmstadts Nachbarschaft" Zugang zu meiner Wohnung hat, um zu überprüfen, ob die Türen richtig abgeschlossen, die Rolläden heruntergelassen, gefährliche Elektrogeräte ausgeschaltet sind oder ob sich unbemerkte Eindringlinge in der Wohnung befinden.

Ich wünschte diesen Sicherheits-Service

während des Urlaubs

am Wochenende

täglich

gar nicht

9. Ich hätte Interesse am Besuch des Sicherheitsteams der "Initiative Sicherheit für Darmstadts Nachbarschaft" – bestehend aus Sicherheits-Soziologen, Sicherheits-Psychologen, Sicherheits-Paläontologen und Sicherheits-Garantologen –, um in meinem persönlichen Umfeld Sicherheitsdefizite aufzudecken und zu beheben.

ja

nein

10. Sollte die "Initiative Sicherheit für Darmstadts Nachbarschaft" größere Gruppen beobachten, um Bandenkriminalität zu verhindern?

ja

nein

Ab wievielen Personen ist eine Gruppe größer? _____

11. Sollten die Schulen verstärkt sicherheitstechnische Grundbildung vermitteln?

ja

nein

12. Zur Unterstützung des Präventionsteams und zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Darmstadt schlägt Bürgermeister Dr. Horst Knechtel vor, Kontrollen an den Eingängen zur Fußgängerzone durch bemannte Sicherheitsschleusen zu errichten. Ich unterstütze diesen Vorschlag.

ja

nein

Ich begrüße dieses Sicherheitskonzept, weil es Sicherheit und Arbeitsplätze schafft.

ja

nein

-
14. Ich fühle mich von der ständigen Diskussion um Sicherheit verunsichert.
- ja nein
15. Ich halte "Innere Sicherheit" für einen entscheidenden Standortvorteil im globalen Wettbewerb.
- ja nein
16. Wenn ich König von Deutschland wär', würde ich eine
- sicherheitsorientierte
 - ökologische
 - profitorientierte
- Steuerreform durchführen.
17. Ich finde das Konzept der "Unabhängigen Sicherheitspartei Deutschlands" (USPD) interessant.
- ja nein ist mir leider noch unbekannt
18. Ich wäre bereit, den Freiwilligen der "Initiative Sicherheit für Darmstadts Nachbarschaft" Geld und Sachmittel (z.B. für Handfunkgeräte) zu spenden.
- ja, in Höhe von ca. _____ DM.
- nein. Begründung: _____
19. Ich würde den Förderverein i. G. "Initiative Sicherheit für Darmstadts Nachbarschaft"
- als Fördermitglied finanziell unterstützen.
 - als aktives Mitglied personell unterstützen.
 - nein!
20. Dieser Fragebogen hat mich verunsichert.
- Ja, sicher.
 - Nein, sicher nicht.
 - Bin mir nicht sicher.

SICHERHEIT IST KEIN LUXUS!

wir werfen ein auge auf darmstadts sicherheit.

Schloßkeller im MAI

1 FR Groove to move - Pop-Rock 6,-/8,- DM
2 SA Claudia Helmers Trio - Neuer orig. Jazz 6,-/8,- DM
3 SO Schwulen & Lesben Disco 4,- DM

5 DI Schloßkellerdisco 6,-/8,- DM
6 MI Peter Freeman - englischer Humor 6,-/8,- DM
7 DO Offene Bühne mit Joachim Rönspies 6,-/8,- DM
8 FR House of Fun - Rock'n Groove Eintritt frei
9 SA Live Übertragung des Grand Prix

12 DI Schloßkellerdisco, DJ's Mathias u. Simone 4,- DM
13 MI Reinhard Röhrs - Christian Morgenstern in Musik und Szene 6,-/8,- DM
14 DO Jazzsession mit Bierabend (Stephan Stehl Trio) Eintritt frei
15 FR L.I.R. Losers in retirement - Independant 6,-/8,- DM
16 SA Burning Flowers - Popcore 6,-/8,- DM
17 SO Schwulen & Lesben Disco 4,- DM

19 DI Schloßkellerdisco
20 MI Politischer Abend mit Gästen und einem Filmbeitrag zum Thema „Flüchtlinge und Emigranten in Deutschland“
21 DO Spiele-Abend (u.a. mit Siedler von Catan) 6,-/8,-DM
22 FR Schreiner & Band, - Deutschrock 6,-/8,-DM
23 SA Daddy Dirty - Alternativ Rock

25 MO Frauendisco - seulement des femmes- 4,- DM
26 DI Schloßkellerdisco 4,- DM
27 MI Thilo Seibel - Nummernkabarett 6,-/8,- DM
28 DO Jazzsession mit Bierabend (Stephan Stehl Trio) Eintritt frei
29 FR KRCKS - Geigeninferno 6,-/8,- DM
30 SA Schlagerparty mit DJ's Cindy und Bert 4,- DM
 Wer im passenden Outfit erscheint hat bis 22 Uhr freien Eintritt und erhält ein Freigetränk!!!
31 SO Schwulen & Lesben Disco 4,- DM

Studentinnenkeller / Asta TUD
 Hochschulstr.1/64293 Darmstadt
 Tel 06151/16 3117
 Sprechstunden:
 Musik: DO 19.00 - 21.00 Uhr
 Theater: MI 17.30 - 18.30 Uhr
 Ticketverkauf im Ticketshop im Luisencenter

Für jeden was dabei ...



*Sommer-
uni TUD*

3. bis 7. August 1998

Nur fliegen ist schöner Die erste Darmstädter SommerUni entsteht

Dem täglichen Lehrbetrieb zu entgehen und die Hochschule einmal von einer anderen Seite kennenzulernen, das würde wohl jedem mal gefallen. Doch der Sommer naht und die ersten Urlaubsvorbereitungen beginnen. Aber bevor sich alle in verschiedene Himmelsrichtungen bewegen, solltet Ihr Euch die Woche vom 3.-7. August freihalten. Denn hier kommt die Alternative: Die **SommerUni**.

Sie wird von Studierenden der drei Darmstädter Hochschulen organisiert und soll eine Woche voller Veranstaltungen, von Theaterspielen über verschiedene Sportangebote bis zu politischen Diskussionen, von Vorlesungen und Experimenten über Rollenspiele bis hin zu gemeinsamen Musizieren sein. Hier werden einem aber nicht irgendwelche Themen von irgendwelchen Profs vorgesetzt, sondern Studierende bieten Workshops gleichberechtigt neben denen von Lehrenden an. So entsteht ein buntes und vielfältiges Programm und der Raum, endlich das zu verwirklichen, was im alltäglichen Studium und Leben verloren geht. Daneben ist auch ein Rahmenprogramm vorgesehen.

Es liegt uns hauptsächlich daran, Ideen und alternative Lebensformen des letzten Streiks wieder aufzugreifen und weiterzuführen. Denn der vergangene Herbst hat unserer Ansicht nach gezeigt, daß ein großes und kreatives Potential an Gedanken und Können, aber auch Interesse für gesellschaftliche Probleme, interdisziplinäres Arbeiten und gemeinsames Erleben vorhanden sind und während des alltäglichen Unibetriebs verlorengehen. Durch die

SommerUni soll die Möglichkeit geschaffen werden, das entstandene Gemeinschaftsgefühl der Studierenden aller Fachbereiche, ja sogar aller Hochschulen, wieder wach zu rütteln und zu vertiefen. Die Idee, daß Studierende in den Semesterferien einen alternativen Unibetrieb auf die Beine stellen, ist nicht neu. So feierte die Uni Koblenz im vergangenen Jahr ihre 10. SommerUni. Von dem Programm der Koblenzer ließ sich eine kleine Gruppe Studierender während des vergangenen Streiks begeistern und versucht etwas ähnliches jetzt auch in Darmstadt entstehen zu lassen.

Damit das Programm auch wirklich bunt und vielfältig wird, brauchen wir noch sehr viel Unterstützung. Wenn Du Dich angesprochen fühlst und mitmachen möchtest, dann melde Dich unter den unten angegebenen Telephonnnummern. Angebote nehmen wir bis 29. Mai entgegen. Diese werden dann in einem Programmheft veröffentlicht, dort sind noch viele weitere Infos zu finden.

Alex: 06151/65253

Kathrin: 06151/426278

Das Lebendige, Vielfältige, Bunte und Abwechslungsreiche, das was die SommerUni ausmacht, kommt durch die, die sie aktiv mitgestalten und durch die, die an den Angeboten teilnehmen.

Henrike Lerch

FAUST

Zeitschrift für Wissenschaft und Kritik

- ↪ **Schwerpunkte zu Theorie und Praxis der Gegenwart**
- ↪ **Hintergrundberichte zur aktuellen Wissenschaftspolitik**
- ↪ **Beiträge zum Nationalsozialismus und seinen Folgen**
- ↪ **Informationen für den wissenschaftlichen Nachwuchs**
- ↪ **Buchbesprechungen und Zeitschriftenumschau**
- ↪ **Satire & Comics sowie Wahnsinn auf hohem Niveau**

FAUST ist unabhängig und interdisziplinär

FAUST erscheint vierteljährlich seit 1989

Eine Ausgabe kostet 6 DM, das Abo 22 DM

Gratisexemplare zum Probelesen

FAUST Marchstr. 6 10587 Berlin

**Stellungnahme der Studierendenschaft der
Technischen Universität Darmstadt
zum Regierungsentwurf der hessischen Landesregierung
vom 9.12.1997 für ein Gesetz zur
Neuregelung des Hochschulrechts
und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften
11. Februar 1998**

Der vorliegende Regierungsentwurf bietet zahlreiche und wichtige Verbesserungen gegenüber dem Status Quo, die nicht gering geschätzt werden sollten. Eine differenzierte Betrachtung kann aber auch nicht darauf verzichten, zu erwähnen, wo noch wesentliche Kritikpunkte und Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Hierzu fällt auf, daß einerseits einige Regelungen getroffen werden, für die kein Bedarf besteht oder die kontraproduktiv sind, daß aber an anderen Stellen wünschenswerte Veränderungen nicht stattfinden. In einigen Bereichen verfolgt das Gesetz positive Intentionen, die aber mit anderen Mitteln realisiert werden sollten.

Positiv fällt auf, daß die Regelungsdichte gesenkt und die Autonomie und Eigenverantwortung der Hochschulen gestärkt werden. Allerdings behält sich das HMWK in vielen Fällen Eingriffe in diese Autonomie per Rechtsverordnung vor. Janusköpfig bleibt in Zeiten von real deutlich sinkenden Hochschulstats auch die weitgehende Haushaltsautonomie für die Hochschulen. Natürlich schafft sie Gestaltungsspielräume; sie macht es einer Regierung aber auch leicht, sich der Verantwortung für die Finanzkrise zu entziehen und die Mangelverwaltung an die Hochschulen zu delegieren, anstatt die notwendigen Umverteilungsentscheidungen herbeizuführen. Es ist prinzipiell wünschenswert, die Grundsätze der Haushaltsführung so zu gestalten, daß die Leistungen der Hochschulen und die dafür aufgewandten Kosten transparent werden. Dabei müssen jedoch gemeinsam mit den Hochschulen Leistungskriterien entwickelt werden, die abstrakten Leistungen wie Ausbildungsqualität, Bildung und Forschung gerecht werden und die die Hochschulen nicht nach simplen quantitativen Indikatoren beurteilen.

Die drittelparitätische Besetzung des erweiterten Senats geht wenig über eine symbolische Stärkung des demokratischen Selbstverständnisses und der gleichberechtigten Mitwirkung der Hochschulmitglieder hinaus. Jedoch ist zu begrüßen, daß die Kompetenzen des an Universitäten bisher existierenden Senats auf ein politisch gewähltes Gremium übergehen.

Insgesamt werden die verfassungsrechtlichen Spielräume zur Demokratisierung der Hochschulen

nicht ausgeschöpft. So bleibt beispielsweise die Parität des "großen" Senats bei der Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der Hochschule praktisch wirkungslos, da die Professorengruppen im "kleinen" Senat das Vorschlagsrecht behält. Zudem hat der "kleine" Senat nicht genug Sitze, um das Ergebnis einer demokratischen Wahl zwischen mehreren Listen in den vier Gruppen angemessen abzubilden. Ein echter Zuwachs an Mitbestimmung der Studierenden ist lediglich in Satzungs- und Grundsatzfragen der Hochschule zu verzeichnen.

Das Verbot von Studiengebühren für fast alle Arten von Studiengängen ist ein großer Fortschritt. Die Möglichkeit, über Einschreibe- und Rückmeldegebühren wie in Baden-Württemberg und Berlin versteckte Studiengebühren einzufahren, behält sich die Landesregierung jedoch bewußt vor. Diese Doppelbödigkeit ist nicht akzeptabel; ein Verbot von Rückmeldegebühren ist in das neue Hochschulgesetz aufzunehmen.

Die verstärkte Berücksichtigung der pädagogischen Befähigung der Lehrenden, die Schaffung einer zentralen Koordinierungsinstanz der Lehramtsstudien und -forschung und die Eingliederung der Studienkollegs in die Hochschulen sind zu begrüßen. Ebenso erfreulich ist die klare und umfassende Regelung der Aufgaben der Studierendenschaften.

Leider enthält der Regierungsentwurf auch Regelungen, die wir für wenig durchdacht und äußerst kontraproduktiv halten. Zu kritisieren ist, daß die überholte und innovationshemmende, extrem hierarchische Personalstruktur an den Hochschulen nicht angetastet, sondern im vorliegenden Entwurf zementiert wird. Die Stellung der Dekane der Fachbereiche wird unangemessen gestärkt, indem das Haushaltsrecht und die Entscheidungskompetenz über die Verteilung der Personalstellen von den Fachbereichsräten auf sie übertragen wird.

Auch die weitgehende Überreglementierung des Studiums in vielen Studiengängen bleibt bestehen und wird teilweise sogar verschärft. Eine unmittelbare Verbesserung der Studiensituation ist von diesem

Gesetzentwurf nicht zu erwarten. Die Einführung einer Zwangsexmatrikulationsregelung und einer Verpflichtung von Studierenden zum Nachweis ordnungsgemäßen Studiums stellt einen ernsthaften Angriff auf Autonomie und die Rechte der Studierenden dar und kann nicht hingegenommen werden.

Neben diese grundlegenden Einwände tritt die Kritik an vielen Einzelaspekten, die teilweise zwar gut gemeint sind, aber oft an der Hochschulrealität vorbeigehen und wenig positive Wirkung zeigen werden. So ist etwa die Einführung der Bewertung von Lehrveranstaltungen zu befürworten, jedoch muß diese auch zu konkreten Verbesserungen des Studiums führen. Auch die Einführung eines Mentorensystems ist begrüßenswert, sollte jedoch mit der Verpflichtung der Mentorinnen und Mentoren zur inhaltlichen Kennt-

nis des Studienplanes einhergehen und nicht nur auf Professorinnen und Professoren beschränkt werden.

Zusammenfassend bleibt jedoch festzustellen, daß der Regierungsentwurf aus unserer Sicht zwar in vieler Hinsicht eine wesentliche Verbesserung der bestehenden Rechtslage darstellt, aber in anderen Bereichen auch unbefriedigende oder abzulehnende Regelungen vorschlägt. Er läßt die Möglichkeit ungenutzt, die Hochschulen intensiv in die notwendige soziale und ökologische Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft einzubeziehen.

Einzelne Veränderungsvorschläge zum Gesetzentwurf, die beim gegebenen Stand des Verfahrens unseres Erachtens noch sinnvoll berücksichtigt werden können, legen wir im folgenden vor.

Detaillierte Ausführungen

zu §7(3): Kann ein Mitglied der Hochschule Mitglied mehrerer der unter §7(3) genannten vier Gruppen sein, so soll es seine Gruppenzugehörigkeit frei wählen dürfen. Dies betrifft aus unserer Sicht speziell wissenschaftliche "Hilfskräfte" und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zugleich als Promotionsstudierende immatrikuliert sind.

zu §9: Absatz 1 des Paragraphen sollte eine Definition des Begriffs "Gremium" vorangestellt werden, die klärt, daß nicht nur die gewählten Hochschulgremien und Ausschüsse, sondern auch Unterausschüsse und ähnliche Gruppen, die Entscheidungen vorbereiten, als Gremien zu betrachten sind.

zu §9(2): Für die Zeit bis zum Erlass einer Geschäftsordnung soll das Gesetz das Stimmrecht der administrativ-technischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regeln.

zu §11(1): Sämtliche Hochschulgremien sollen öffentlich tagen, sofern sie nichts anderes beschließen. Ein Ausschluß der Öffentlichkeit von einer Gremiensitzung soll nicht möglich sein, wenn sich die Vertreterinnen und Vertreter einer der vier Gruppen nach §7(3) geschlossen gegen diesen Ausschluß aussprechen. Die im Gesetzentwurf vorgeschlagene Regelung stellt eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes dar, da sie lediglich vorsieht, daß Senat und Fachbereichsrat öffentlich tagen. Wie die bestehende Regelung macht sie den Ausschluß der Öffentlichkeit zu leicht, da in den meisten Gremien allein die Stimmen der Professorinnen und Professoren zum Ausschluß genügen.

zu §11(2): falls im Gesetzentwurf die Erörterung der wissenschaftlichen Qualifikation nicht als Personalanlegenheit angesehen wird, so soll dies auch für die pädagogische und didaktische Qualifikation gelten.

zu §12(1): Es soll festgelegt werden, daß die Mitglieder im "kleinen" Senat von den Gruppenvertreterinnen und -vertretern im "großen" Senat nach dem im geltenden HUG §17 beschriebenen Verfahren gewählt werden.

zu §18(4): Da Studierende der Studienkollegs nur vergleichsweise kurz dort studieren und in dieser Zeit die deutsche Sprache erlernen, ist es erfahrungsgemäß häufig schwierig, sie zur Mitarbeit in der Studierendenvertretung des Kollegs zu gewinnen. Daher soll vorgesehen werden, daß dem Beirat statt einer Studierenden oder eines Studierenden auch eine Absolventin oder ein Absolvent eines Studienkollegs angehören kann.

zu §19(2): Im Gesetzentwurf wird nicht geklärt, was ein grundständiger Studiengang ist. Es ist klarzustellen, daß ein Studiengang grundständig genannt wird, zur Zulassung keine über die Hochschulreife hinausgehende Qualifikation erforderlich ist.

zu §22(2): Der letzte Satz "Der Übergang [...] Zwischenprüfung voraus." ist ersatzlos zu streichen. Es ist nicht in jedem Studiengang sinnvoll, die Teilnahme an den Lehrveranstaltungen des Hauptstudiums vom Abschluß der kompletten Zwischenprüfung abhängig zu machen. Daher sollen diesbezügliche Regelungen den einzelnen Prüfungsordnungen vorbehalten bleiben.

zu §22(6): Der Zeitraum und der Termin, an dem die Prüfungsleistung zu erbringen ist, soll im Einvernehmen mit der Studierenden und der Prüferin bzw. dem Studierenden/dem Prüfer festgelegt werden. Desweiteren reicht es nicht aus, im Falle erheblicher Verzögerungen im Prüfungsablauf die Hochschulleitung zu unterrichten. Vielmehr ist analog zum geltenden HHG, §57(2), ein Rechtsanspruch der Studierenden auf

Prüfung innerhalb angemessener Frist zu gewährleisten und §22(6) zu ergänzen um den Satz "Prüfungsanforderungen und Prüfungsverfahren sind so zu gestalten, daß die Hochschulabschlußprüfung grundsätzlich innerhalb der Regelstudienzeit, spätestens aber sechs Monate nach ihrem Ablauf abgelegt werden kann."

zu §22(8): Der oder die zu prüfende Studierende soll das Recht haben, der Teilnahme von Zuhörerinnen und Zuhörern zu widersprechen. Damit soll der besonderen Belastungssituation der/des zu Prüfenden entsprochen werden. Zuhörerinnen und Zuhörer könnten den Streß der/des zu Prüfenden unnötig vergrößern.

zu §24(1) 10.: Um die Leistungsanforderungen für die Studierenden transparent zu machen und bei wechselnden Prüfenden ihre Kontinuität zu sichern, sollen die Prüfungsordnungen, wie im geltenden HHG, auch weiterhin die Grundsätze für die Bewertung der Prüfungsvorleistungen regeln.

zu §25(3): Sofern die Anforderungen an die Beherrschung der englischen Sprache und moderner Datenverarbeitungsmethoden über die Allgemeine Hochschulreife hinausgehen, sollen diese Anforderungen ein regulärer Teil des Fachstudiums sein. Wie für andere Studieninhalte sind auch dafür entsprechende Lehrveranstaltungen und Prüfungen im Studienplan vorzusehen. Der letzte Satz des genannten Absatzes "Sie kann die [...] zu stellen sind." ist dementsprechend zu streichen, da er eine nicht wünschenswerte Sonderstellung der genannten Inhalte herstellt.

zu §26(2): Der Erfolg des hier beschriebenen Mentorensystems erscheint höchst zweifelhaft, da die unbestritten herrschende Unterversorgung der Hochschulen mit Mitteln und Personal nicht durch die Verordnung vermehrten persönlichen Kontakts zwischen Lehrenden und Studierenden aufzuheben ist. Mehr Verbindlichkeit, persönlicher Kontakt und Verantwortungsgefühl zwischen Lehrenden und Studierenden sind wünschenswert, liegen jedoch außerhalb der Möglichkeiten dieses Gesetzes. Insbesondere kommt die Maßgabe, die Mentorin oder der Mentor habe innerhalb des ersten Studienjahres den Studienerfolg der zugeordneten Studierenden festzustellen, der Einführung einer "Studierfähigkeitsprüfung" im zweiten Semester gleich. Wir lehnen dies ab, da hiermit die ohnehin schon übergroße Reglementierung der Studiengänge weiter erhöht wird und ein Nichtbestehen dieser Prüfung unabsehbare Folgen für das weitere Studium und die BAföG-Förderung der betreffenden Studierenden hat. Zudem wird so das ohnehin kritische Vertrauensverhältnis zwischen Mentorinnen/Mentoren und Studierenden empfindlich gestört. Die Einführung eines Mentorensystems in der vorgeschlagenen Form ist daher abzulehnen, §26(2) ist zu streichen.

zu §26(3): Der Satz "Die Studierenden sind hierbei zu beteiligen" soll ersetzt werden durch "Die Studierenden sind in Konzeption und Durchführung der Evaluierung maßgeblich zu beteiligen." Damit soll sichergestellt werden, daß die Beteiligung der Studierenden deutlich über das bloße Ausfüllen vorgefertigter Fragebögen hinaus geht.

zu §30(1): Der Begriff "Promotionsstudium" wird von Hochschulangehörigen in der Regel für die Qualifikationsphase verwendet, die mit der Promotion endet. Hier in §30(1) bezeichnet er jedoch ein Studium, das Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen zur Zulassung zur Promotion führt. Diese mißverständliche Verwendung des Begriffs soll vermieden werden. Das Wort "Promotionsstudium" ist daher durch "Studium nach §19(4)" zu ersetzen.

zu §32: Eine punktgenaue, gleichmäßige Festlegung der Zahl der Studien- und Prüfungsleistungen für alle Studiengänge ist in den Allgemeinen Bestimmungen weder möglich noch sinnvoll. Daher soll im letzten Satz "[...] die Zahl der Studien- und Prüfungsleistungen und die Regelstudienzeit." ersetzt werden durch "die Regelstudienzeit und Obergrenzen für die Zahl der Studien- und Prüfungsleistungen."

zu VIERTER ABSCHNITT - Organisation: Soweit das Beteiligungsrecht der Frauenbeauftragten auf Hochschul- und Fachbereichsebene nicht im Hessischen Gleichstellungsgesetz geregelt ist, soll ihre Beteiligung in den Senatsausschüssen (§39(2)), im Fachbereichsrat (§47(2)), in den Berufungskommissionen (§49(3)) und in den Fachbereichsausschüssen (§49(1) und (2)) im HHG geregelt werden.

zu §38: Die Bezeichnung zweier verschiedener Gremien mit dem Begriff Senat ist u. E. kontraproduktiv. Wir halten beispielsweise die Bezeichnungen Konvent statt "großer" Senat, Hauptausschuß statt "kleiner" Senat und Senat statt akademisches Kollegium für vorteilhafter.

zu §38(2): Die Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Gruppen im "kleinen" Senat müssen das Ergebnis einer demokratischen Wahl zwischen mehreren Listen angemessen abbilden können. Hierfür sind drei Mitglieder pro Gruppe sicherlich nicht ausreichend. Wir schlagen vor, 36 Mitglieder für den "kleinen" Senat vorzuschreiben: 18 Mitglieder der Professorengruppe und je 6 Mitglieder der anderen drei Gruppen. Für das zentrale Leitungsgremium einer Hochschule ist diese Größe angemessen. Nach unseren Erfahrungen kann in einer solchen Gruppe durchaus produktiv gearbeitet und entschieden werden.

zu §38(2), (4): Die Regelung, daß sich die Anzahl der Professorinnen und Professoren im "kleinen" bzw.

“großen” Senat erhöht, falls die Präsidentin, der Präsident bzw. die Hochschulleitung nicht mit Mehrheit der Professorengruppe zur Wahl vorgeschlagen wurde, soll ersatzlos entfallen. Die besagte Regelung führt zu einer stärkeren Vertretung der Professorengruppe, obwohl die Präsidentin/der Präsident dieser Gruppe angehört. Für diese ungerechtfertigte Bevorzugung der Professorinnen und Professoren gibt es keine verfassungsrechtliche Grundlage. Auch birgt die Regelung die Gefahr der Manipulation, indem Professorinnen und Professoren ihr Abstimmungsverhalten taktisch geschickt koordinieren, um so zusätzliche Gremiensitze zu ergattern.

zu §38(4) 7.: Auch Entscheidungen nach §40(3) (Besetzung des Beirats) und §50(2) (Zusammensetzung von Direktorien) sollen vom “großen” Senat getroffen werden.

zu §38(4): Die Präsidentin/der Präsident soll dem “großen” Senat nach §38(4) lediglich mit beratender Stimme angehören. Als oberste Vertreterin bzw. oberster Vertreter der “Exekutive” der Hochschule darf der Präsidentin/dem Präsident keine maßgebliche Funktion in der “Legislative”, dem Senat, zukommen. Es kann nicht angehen, daß die Präsidentin/der Präsident ein Gremium einberuft und leitet, das über ihre/seine Abwahl entscheidet. Daher soll die Leitung des “großen” Senats von einem vom “großen” Senat gewählten Vorstand übernommen werden.

Der “große” Senat soll so zusammengesetzt sein, daß die Angehörigen der anderen Gruppen als der Professorengruppe zusammen über die Zwei-Drittel-Mehrheit verfügen.

zu §39(2): Um eine möglichst gleichberechtigte Beteiligung der betroffenen Gruppen in den Ausschüssen zu gewährleisten, sollen dem Ausschuß für Studium und Lehre und dem Ausschuß für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs je drei Vertreterinnen/Vertreter der Professorengruppe, wissenschaftlichen Mitglieder und Studierenden und eine Vertreterin/ein Vertreter der administrativ-technischen Mitglieder angehören. Dem Ausschuß für Struktur, Haushalt und Informationsmanagement sollen je drei Vertreterinnen und Vertreter aller vier Gruppen angehören. Es soll festgelegt werden, daß die Ausschußmitglieder von den Gruppenvertreterinnen und -vertretern im “großen” Senat nach dem im geltenden HUG §19(3) beschriebenen Verfahren (Gesamtwahl) gewählt werden.

zu §40(3): Der Vorschlag für die Berufung der Beiratsmitglieder soll von den Gruppenvertreterinnen und -vertretern im großen Senat getrennt (Gruppenwahl) erfolgen, wobei jede Gruppe die gleiche Anzahl an Beiratsmitgliedern vorschlägt.

zu §42(1): Das Vorschlagsrecht für die Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl der Präsidentin/des Präsidenten soll beim “großen” Senat liegen. Der “kleine” Senat soll lediglich das Recht haben, zum Wahlvorschlag Stellung zu nehmen. Hat der “kleine” Senat das alleinige Vorschlagsrecht, so kann er damit die Wahl einer Präsidentin/eines Präsidenten verhindern, der nicht die Mehrheit der Professorengruppe hat. Damit wird eine der wichtigsten Kompetenzen des “großen” Senats ausgehöhlt.

zu §43: Eine der Vizepräsidentinnen bzw. einer der Vizepräsidenten soll der Gruppe der wissenschaftlichen Mitglieder oder der Gruppe der Studierenden angehören. Eine Studierende bzw. ein Studierender ist von Pflichtveranstaltungen, Leistungsnachweisen und Prüfungen zu entbinden, die Amtszeit ist nicht auf die Studiendauer anzurechnen, Prüfungsfristen sind entsprechend zu verlängern, die Immatrikulation muß aufrechterhalten bleiben.

zu §45(1): Sofern der Senat der Hochschule nichts anderes beschließt, soll die Leitung der Hochschule stets von einem Präsidium wahrgenommen werden.

zu §§47, 48: Es soll festgelegt werden, daß der Fachbereichsrat einen jährlichen Haushaltsplan aufstellt, nach dem die Dekanin oder der Dekan die Personal- und Sachmittel lediglich verteilt. Ein Strukturplan, der einmal beschlossen, dann nur noch bei Bedarf fortgeschrieben wird und nur einen groben Rahmen für die Mittelverteilung absteckt, ist u. E. nicht ausreichend.

zu §50(2): Da wissenschaftliche “Hilfskräfte” nach §7(3) 3. zur Gruppe der wissenschaftlichen Mitglieder gehören, sollen auch hier die in der Einrichtung tätigen wissenschaftlichen “Hilfskräfte” zu dieser Gruppe gezählt werden.

zu §69(3): Außer den Beiträgen zur Studierendenschaft, zum Studentenwerk und zum Semesterticket sollen keine weiteren Gebühren zur Immatrikulation, Rückmeldung etc. erhoben werden. Das Hessische Hochschulgesetz soll solche Gebühren ausdrücklich ausschließen.

zu §70: Die vorgeschlagene Regelung eines Teilzeitstudiums halten wir für kontraproduktiv. Auch wenn die Mehrzahl der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig ist, wird die vorgesehene Möglichkeit eines Teilzeitstudiums von den Studierenden u. E. nicht angenommen werden, da es durch den in jedem Semester

zu erbringenden Nachweis des ordnungsgemäßen Studiums noch stärker reglementiert ist als die bestehenden (Vollzeit-)Studiengänge. In der vorliegenden Formulierung ist schon eine Beurlaubung z.B. wegen der Geburt eines Kindes ausgeschlossen. Generell muß die abschließende Entscheidung über die zeitliche Gestaltung des Studiums bei den Studierenden liegen.

zu §71(1): Es soll präzisiert werden, daß die Immatrikulation für einen zulassungsbeschränkten Studiengang zu versagen ist, wenn die Bewerberin oder der Bewerber *in ebendiesem Studiengang* keinen Studienplatz erhalten hat. Die Formulierung des Gesetzentwurfs kann dahingehend mißverstanden werden, daß Bewerber, die keinen Studienplatz erhalten haben, sich auch in keinem anderen Studiengang immatrikulieren können.

zu §73(3): Wie oben ausgeführt, ist eine Zwangsexmatrikulation und eine Pflicht zum Nachweis ordnungsgemäßen Studiums grundsätzlich abzulehnen. Der genannte Absatz ist daher ersatzlos zu streichen.

zu §78(1): Wissenschaftlichen Assistentinnen und Assistenten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll die Hälfte ihrer Arbeitszeit zu eigener wissenschaftlicher Arbeit zur Verfügung stehen. Ebenso wie wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll auch Assistentinnen und Assistenten Gelegenheit zu hochschuldidaktischer Qualifizierung gegeben werden.

zu §82(2): Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll die Hälfte ihrer Arbeitszeit zur selbstbestimmten Forschung zur Verfügung stehen. Eine Beschränkung auf ein Drittel stellt für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der TUD eine Verschlechterung der bestehenden Situation dar.

Die dreijährige Vertragsdauer soll zweimal um je ein Jahr verlängert werden können. Schließlich beträgt die Laufzeit von Drittmittelstellen in der Regel 2.5 Jahre, wobei 100% der Arbeitszeit zur selbstbestimmten Forschung zur Verfügung stehen sollen. Maßnahmen gegen die beklagte Verlängerung der Qualifikationszeiten bis zur Promotion dürfen nicht dazu führen, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als schwächste Gruppe an der Hochschule noch weiter an die Wand gedrängt werden.

zu §90(2): Da studentische "Hilfskräfte" weiterhin auch solche Aufgaben übernehmen sollen, für die eine Zwischenprüfung nicht erforderlich ist, lehnen wir es ab, diese zur generellen Einstellungsvoraussetzung zu erheben.

zu §90(3): Eine zeitliche Beschränkung der Tätigkeit als studentische "Hilfskraft" ist aufgrund der bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Situation von Studierenden grundsätzlich abzulehnen. In bestimmten Bereichen gibt es zudem schon jetzt nicht genug Bewerberinnen und Bewerber um "Hilfskraftstellen". Es darf nicht passieren, daß aus falsch verstandener Verteilungsgerechtigkeit qualifizierte Personen nicht weiterbeschäftigt werden. Eine vergleichbare Regelung zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit auf dem freien Arbeitsmarkt würde jedenfalls zu Recht als absurd betrachtet.

zu §99(I): Die im bestehenden HHG vorgesehene Mitwirkung der Studierendenschaft bei der Ausbildungsförderung soll erhalten bleiben.

So beschlossen vom Studierendenparlament an der Technischen Universität Darmstadt am 11. Februar 1998

Für alle, die sich näher mit diesem Thema beschäftigen wollen, liegen im AStA Synopsen bereit, in denen die verschiedenen Gesetztexte und Bezugsstellen zusammengefaßt sind.

Uni funktionell

Die Universität ist dem Schein nach demokratisch strukturiert. Zwei Ebenen sind für die Studierenden von Interesse: Einerseits die *studentische* Selbstverwaltung, der alle Studentinnen und Studenten per Immatrikulation angehören, andererseits die *akademische* Selbstverwaltung, welche von vier Gruppen (ProfessorInnen, wissenschaftliche MitarbeiterInnen, administrativ-technische MitarbeiterInnen, Studierende) organisiert wird.

Studentische Selbstverwaltung

Das Studierendenparlament (StuPa)

Das StuPa ist das höchste beschlußfassende Gremium der Studierendenschaft auf universitärer Ebene. Es verfügt über 39 Sitze und wird jährlich gewählt. Um die Sitze konkurrieren die verschiedenen Listen. Diese sind das Gegenstück zu den Parteien im Bundestag. Die Sitze werden nach Verhältniswahlrecht verteilt, eine 5%-Klausel oder etwas Vergleichbares gibt es nicht. Derzeit sind im StuPa sieben Listen vertreten (s. Statistik zur letzten Hochschulwahl). Die Sitzungen des StuPa finden monatlich statt und sind für Gäste offen. Wichtigste Aufgaben sind Prüfung und Verabschiedung des AStA-Haushaltes sowie die Wahl der AStA-ReferentInnen. "Regiert" wird das StuPa von einer Koalition aus Fachwerk, Jusos und Internationaler Liste.

Der Allgemeine Studierenden-Ausschuß (AStA)

Der AStA ist die Exekutive der Studierendenschaft. Er vertritt diese nach innen und nach außen. Nach außen beispielsweise gegenüber dem Rhein-Main-Verkehrsverbund in Fragen des Semestertickets, nach innen etwa gegenüber der Unileitung. Untergliedert ist der AStA in Referate, wobei diese ihrer Zugehörigkeit nach unterschieden werden in einen "politischen" und einen "gewerblichen" Teil. In den "politischen" Referaten (z.B. Hochschulpolitisches Referat) wird die Auseinandersetzung mit so umfassenden Themen wie Hochschule, Bildung, Gesellschaft, Umwelt usw. vorangetrieben. Die "gewerblichen" Referate bieten Dienstleistungen für die Studierenden an (Druckerei, KFZ- und Geschirrvleih, Schloßkeller, AStA-Laden).

Fünf ReferentInnen werden vom StuPa gewählt und können zur Unterstützung weitere MitarbeiterInnen einstellen. Drei Referate, die sogenannten "autonomen Referate" (Frauen/Lesben-, Fachschaften-, AusländerInnenreferat), sind vom StuPa unabhängig. Ihre ReferentInnen werden von den entsprechenden studentischen Vollversammlungen bzw. von der Versammlung der FachschaftsvertreterInnen gewählt.

Alle ReferentInnen bekommen eine eher als symbolische Anerkennung zu sehende Aufwandsentschädigung. Um den personellen Änderungen (der AStA konstituiert sich jedes Jahr aufs Neue) eine gewisse Kontinuität entgegenzusetzen, gibt es festangestellte MitarbeiterInnen, welche die Geschäfte führen sowie die Serviceleistungen organisieren.

Einhergehend mit Immatrikulation bzw. Rückmeldung müssen alle Studierenden Beiträge von zur Zeit 176,00DM bezahlen. Den größten Teil davon (91,50DM) bekommt der RMV für das Semesterticket (zusätzlich gehen 0,50DM in den Härtefallfond). Der Studenausweis ist gleichzeitig Fahrausweis für den gesamten RMV. Weitere 70,00DM gehen an das Studentenwerk als Zuschuß für Mensen, Wohnheime u.ä. Der AStA erhält für seine vielfältigen Aufgaben 14,00DM. Wenn ihr wissen wollt, was mit diesem Geld genau passiert, fragt in den AStA-Büros nach oder kommt zu den wöchentlichen AStA-Sitzungen (Dienstag, 18Uhr im offenen Raum 11/56).

Der Fachschaftsrat

Die "Fachschaft" wird von allen Studierenden eines Fachbereiches gebildet. Die jährlich gewählte Vertretung ist der "Fachschaftsrat", der kurz (und irrtümlich) Fachschaft genannt wird. Die Fachschaftsräte organisieren die Orientierungstage für ErstsemesterInnen, halten Kontakt zu anderen Gremien, bieten Klausursammlungen an und können auch sonst viele Tips zum Studium geben. Gerade für Neulinge an der Hochschule ist es empfehlenswert, auf dieses Wissen zurückzugreifen, besser noch, sich selbst in der eigenen "Fachschaft" zu engagieren.

Das Fachschaftenplenium

Im Fachschaftenplenium werden Informationen zwischen Fachschaften, AStA und anderen Gremien ausgetauscht, Veranstaltungen geplant und koordiniert. Im Idealfall sind VertreterInnen aller Fachbereiche

anwesend. Gäste sind auch hier immer willkommen, die Sitzungstermine erfahrt ihr im AStA oder in den Fachschaften. Mit Anregungen und Ideen könnt ihr euch an die derzeitige Referentin, Cathrin Fenner, wenden, die ihr über die Fachschaft Bauingenieurwesen oder den AStA erreicht.

Die Ergebnisse der letzten Hochschulwahl Studierendenparlament

| Liste 1 Internationale Liste | |
|--------------------------------|--------------------|
| Sitz | Name |
| 10 | Ayboga, Ercan |
| 39 | Karaca, Kemali |
| Liste 2 Fachwerk | |
| Sitz | Name |
| 1 | Fechter, Julia |
| 3 | Kramp, Gunter |
| 6 | Schäfer, Iris |
| 9 | Schmöker, Tim |
| 11 | Schewe, Lars |
| 14 | Enderlein, Michael |
| 16 | Schoor, Alexander |
| 20 | Gottleben, Marcus |
| 23 | Diller, Agnes |
| 26 | Rybski, Daniel |
| 29 | Weil, Timo |
| 31 | Eschwe, Eberhard |
| 34 | Hölzel, Christian |
| 36 | Rhein, Achim |
| Liste 3 LSD | |
| Sitz | Name |
| 5 | Zimmer, Claudia |
| 13 | Naujack, Daniel |
| 21 | Schauffele, Jochen |
| 30 | Vogt, Carsten |
| 38 | Maschke, Matthias |
| Liste 4 JUSO's und Unabhängige | |
| Sitz | Name |
| 4 | Wolter, Christiane |
| 10 | Wolf, Markus |
| 19 | Maisel, Martina |
| 24 | Vogt, Carsten |
| 32 | Keller, Thorsten |

| Liste 5 RCDS und Unabhängige | |
|---|-------------------|
| Sitz | Name |
| 2 | Dimbath, Roland |
| 8 | Heppe, Jesko |
| 12 | Brill, Jörg |
| 17 | Schiedung, Jens |
| 22 | Tylich, Paul |
| 28 | Nawrath, Holger |
| 33 | Giese, Andreas |
| 37 | Schlitt, Gregor |
| Liste 6 Vorwärts | |
| Sitz | Name |
| 27 | Flieger, Andreas |
| Liste 7 Unabhängige Darmstädter Studenten | |
| Sitz | Name |
| 7 | Rüstig, Alexander |
| 15 | Hoffmann, Frank |
| 25 | Goedecke, Katja |
| 35 | Gaiser, Armin |

Das Zahlen-Werk

| | |
|-------------------|----------|
| Wahlberechtigte | : 15566 |
| Wahlwillige | : 2875 |
| Stimmzettel | : 2770 |
| Gültige Stimmen | : 2662 |
| Ungültige Stimmen | : 208 |
| Wahlbeteiligung | : 18.47% |

| Stimmverteilung | | | |
|----------------------------------|---------|---------|-------|
| Partei | Stimmen | Prozent | Sitze |
| Internationale Liste | 128 | 4.5 | 2 |
| Fachwerk | 939 | 32.7 | 14 |
| LSD | 320 | 11.1 | 5 |
| Jusos und Unabhängige | 382 | 13.3 | 5 |
| RCDS und Unabhängige | 522 | 18.2 | 8 |
| Vorwärts | 88 | 3.1 | 1 |
| Unabhängige Darmst. Studenten | 283 | 9.9 | 4 |

Akademische Selbstverwaltung

Konvent

Der Konvent wird jährlich gewählt, die Gruppe der Profs hat aber immer die Mehrheit (vgl. Schaubild). Aufgaben des Konvents sind die Wahl und die Kontrolle des Präsidenten sowie die Wahl des Senats und der Ständigen Ausschüsse.

Senat

Der Senat besteht aus den vom Konvent gewählten Mitgliedern und den Dekanen (den Vorsitzenden der einzelnen Fachbereiche). Wichtig ist der Senat bei Änderungen von Studienordnungen sowie bei Neubesetzungen von Professuren. Dabei wird die aus dem Fachbereich kommende Liste geprüft, mit Bemerkungen versehen und weitergeleitet an das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK), welches letztendlich die Entscheidung trifft, wer uns vor die Nase gesetzt wird.

Ständige Ausschüsse

An hessischen Hochschulen gibt es jeweils fünf Ständige Ausschüsse, welche den Konvent und den Senat beraten:

| | |
|---------|--|
| StA I | Lehr- und Studienangelegenheiten |
| StA II | Organisation und Forschung |
| StA III | Haushaltsangelegenheiten und Hochschulentwicklungsplanung |
| StA IV | Bibliothekswesen |
| StA V | Datenverarbeitung |

Fachbereichsrat

Der Fachbereichsrat ist das höchste Gremium eines Fachbereiches. Hier tagen VertreterInnen aller Gruppen (wiederum Mehrheit der Profs) unter der Leitung des Dekans. Alle Belange des Fachbereiches werden behandelt, insbesondere Prüfungsordnungen, Neuberufungen von ProfessorInnen und Verteilung der Haushaltsmittel (wichtig für studentische Hilfskräfte). Abzugrenzen ist der Fachbereichsrat von den Direktorien, die analog zu diesem die Angelegenheiten der Institute erörtern.

(Zur akademischen Selbstverwaltung siehe Schaubild auf der nächsten Seite)

AStA - On Air

Markus Lang, Radio-Referent des ASTA der TU Darmstadt

Seit 01. Februar 1997 ist Radio Darmstadt (RadaR) auf Dauersendung (per Antenne auf 103,4 Mhz oder im Kabel auf 96,05 Mhz). Selbstverständlich ist der ASTA der TU Darmstadt als Studentinnen-Vertretung auch Mitglied bei Radio Darmstadt. In meiner Eigenschaft als Radio-Referent kümmere ich mich darum, daß die Interessen der Darmstädter Studierenden bei RadaR nicht zu kurz kommen. Gleichzeitig bin ich Redaktionssprecher der StudentInnen-Redaktion "AudioMax", die jeden Dienstag, von 18.05 bis 19.00 Uhr, bei Radio Darmstadt Wissenswertes aus dem StudentInnen-Leben vermittelt. Meine Aufgaben sind nun die Interessensvertretung des ASTA der TUD bei Radio Darmstadt, als auch die Darstellung wichtiger studentischer Themen via Medium Radio an die Studierenden.

Ich bin Ansprechpartner für den ASTA, als auch für studentische Gruppen oder andere Studierende, die meinen, ein interessantes Thema für's Radio zu haben.

Man kann mich auf 3 Arten erreichen-

1. Man kann für mich eine Nachricht im AStA-Büro hinterlassen.

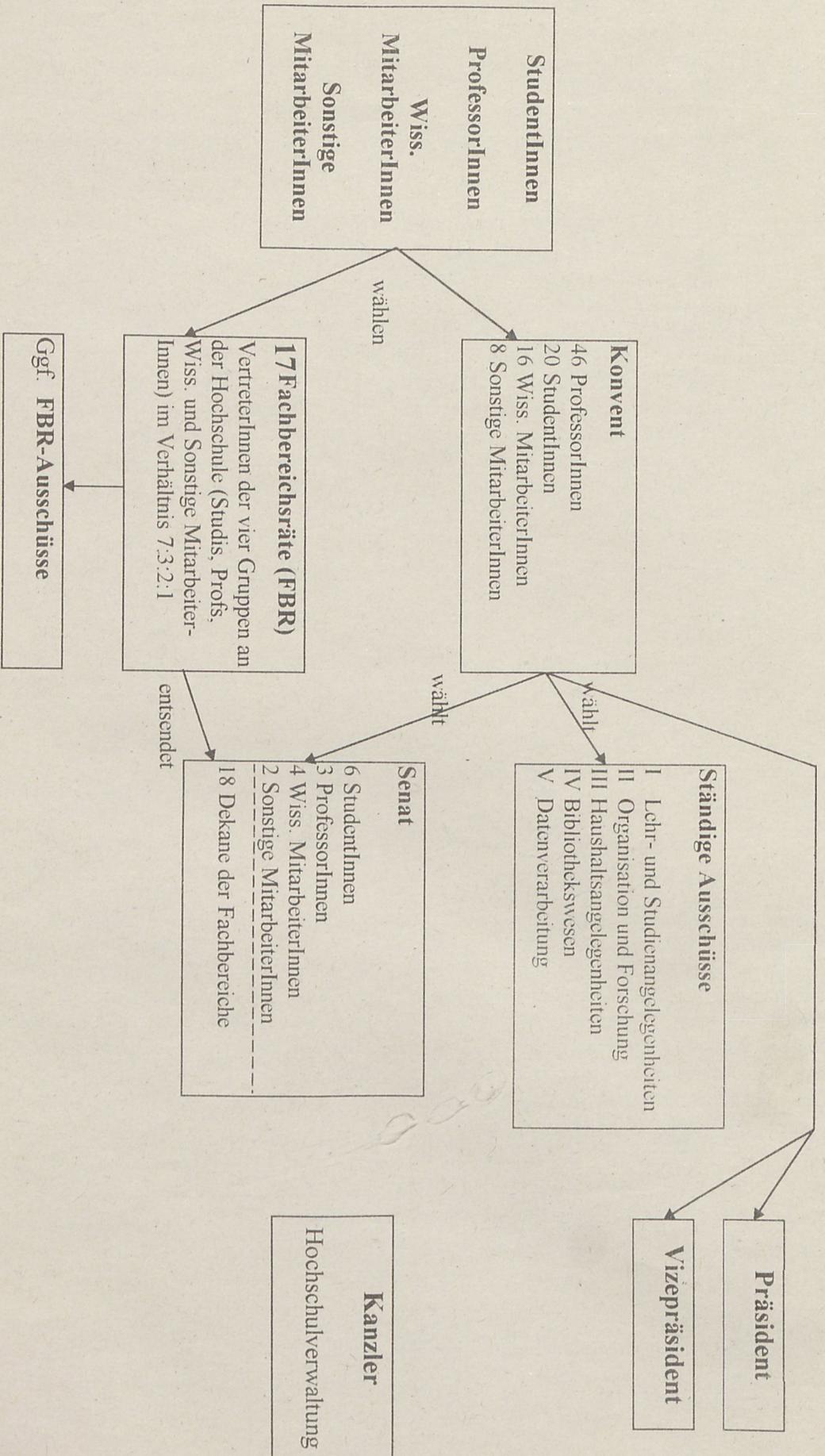
2. Man schreibt an "AudioMax, Karolinenplatz 5, 64289 Darmstadt".

(geht auch per Hauspost) oder

3. Man kommt gleich zur Redaktionssitzung von AudioMax. Diese findet jeden Mittwoch im Zintl-Gebäude Nr. 10 (am Herrngarten), Erdgeschoß Raum 92, um 20.00 Uhr statt.

Über eure Ideen und Anregungen oder auch Kritik, vielleicht sogar auf eure Mitarbeit bei AudioMax, freue ich mich bereits jetzt.

Schaubild der Akademischen Selbstverwaltung



Bei allen Wahlen (außer zu Präsident und Vizepräsident) wählt jede Gruppe nur ihre VertreterInnen, also die Studierenden die studentischen VertreterInnen, die ProfessorInnen die professoralen VertreterInnen etc.

Das Ökoreferat des AStA

und
sein

Projekt:

Wie wird unsere Food-Coop aussehen ?

Unsere Food-Coop wird aussehen wie ein kleiner Bioladen, nur daß alle Produkte wesentlich billiger sind und wir nicht so lange offen haben. Anfangs werden wir in einem kleinen Raum gegenüber dem AStA-Büro im alten Hauptgebäude residieren. Später wird uns dann hoffentlich ein Raum neben dem AStA-Papierladen in der Mensa Stadtmitte zur Verfügung stehen. Von der Rechtsform her ist unsere Food-Coop ein gemeinnütziger Verein. Der AStA gibt diesem einen Zuschuß für die Raumeinrichtung sowie einen Kredit für den Warenbestand, auf Dauer muß der Verein sich aber selbst tragen. Dafür wird auf den Einkaufspreis der Waren ein geringer Aufschlag erhoben. Alle die unsere Angebote nutzen wollen, müssen Vereinsmitglieder sein, ähnlich wie etwa beim Studentischen Filmkreis auch. Das ist allerdings gar nicht schwer. Notwendig dazu ist lediglich die Zahlung einer Einlage von mindestens 20 DM, die beim Austritt aus dem Verein zurückerstattet wird. Damit steht dann dem Einkauf während unserer Öffnungszeiten nichts mehr im Wege. Natürlich müssen auch Menschen dafür sorgen, daß der Laden läuft. Wichtigste Aufgabe ist dabei der Ladendienst. Dieser wird bei uns auf ehrenamtlicher Basis geleistet, Geld gibt es dafür also keines. Als solchermaßen aktives Mitglied hat Mensch aber auch einige Vorteile: Aktive bekommen einen Schlüssel zu unserem Raum, können somit also Tag und Nacht einkaufen, und natürlich auch mitentscheiden, was es bei uns eigentlich zu kaufen geben wird.

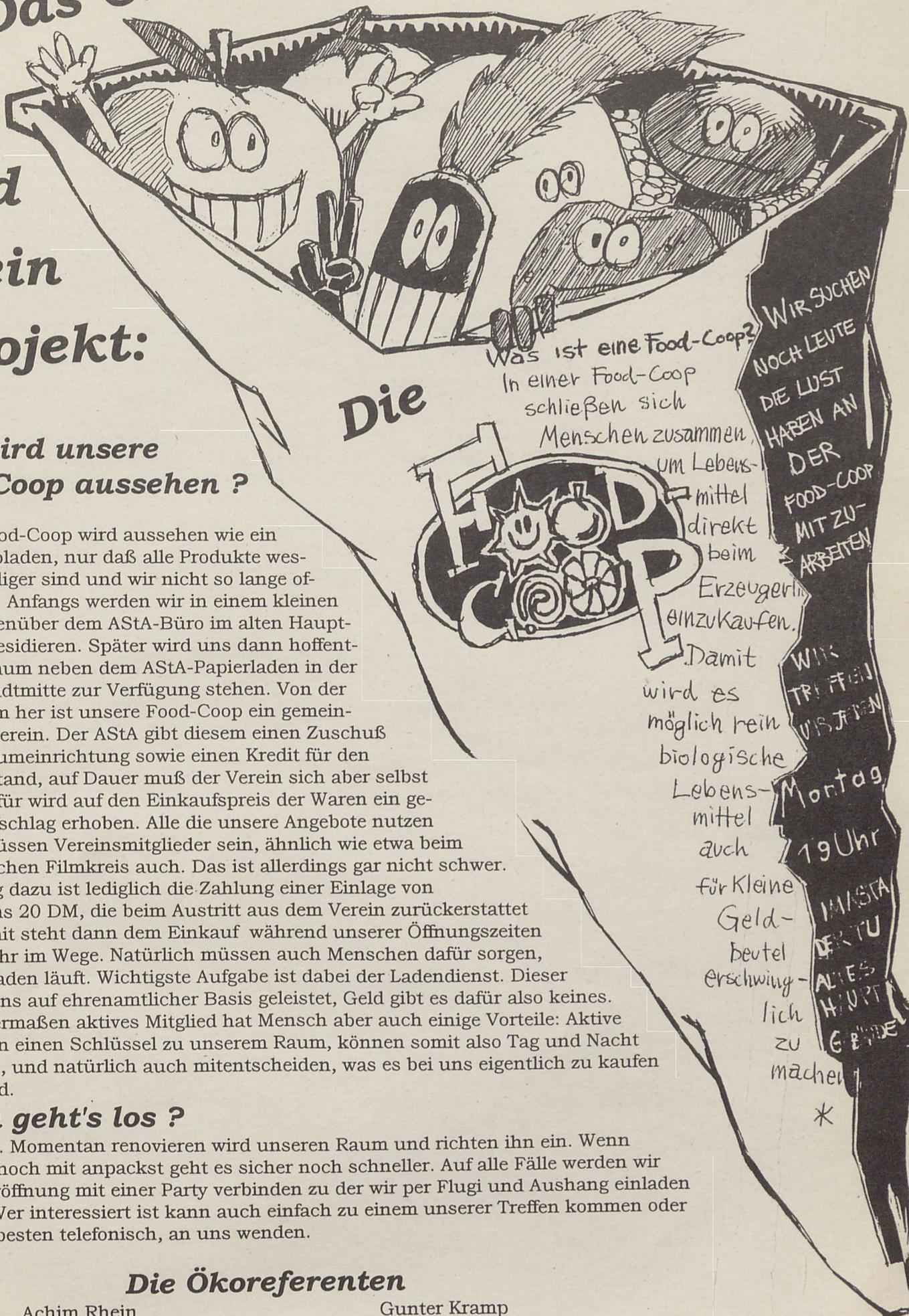
Wann geht's los ?

Sehr bald. Momentan renovieren wird unseren Raum und richten ihn ein. Wenn auch Du noch mit anpackst geht es sicher noch schneller. Auf alle Fälle werden wir unsere Eröffnung mit einer Party verbinden zu der wir per Flug und Aushang einladen werden. Wer interessiert ist kann auch einfach zu einem unserer Treffen kommen oder sich, am besten telefonisch, an uns wenden.

Die Ökoreferenten

Achim Rhein
Tel. DA-74125

Gunter Kramp
Tel. DA-782247



Was ist eine Food-Coop?
In einer Food-Coop
schließen sich
Menschen zusammen,
um Lebens-
mittel direkt
beim
Erzeuger
einzukaufen.
Damit
wird es
möglich rein
biologische
Lebens-
mittel
auch
für kleine
Geld-
beutel
erschwing-
lich
zu
machen

WIR SUCHEN
NOCH LEUTE
DIE LUST
HABEN AN
DER
FOOD-COOP
MIT ZU-
ARBEITEN!

WIR
TREFFEN
UNTER
SICH

Montag
19 Uhr

IN DER
MENSA
STADTMITTE
ALLES
HÄUFIG
GEBILDET

*

Was passiert in den AStA-Referaten

Hochschulpolitik

Die Zeiten sind schlecht.

Nicht daß unsere Hochschulen so schlecht wären. Klar gibt es vieles, was verbessert werden muß oder behoben gehört. Zum Beispiel die völlige Überlastung (1,9 Millionen Studierende auf 900.000 Studienplätze) oder die sinkende Finanzierung durch Bund und Länder bei steigenden Kosten der Hochschulen. Aber was ist mit der Qualität deutscher Studiengänge und Abschlüsse? Sind sie wirklich so schlecht und international minderwertig, wie viele Politiker und einige Professoren behaupten? Oder reden sie die Hochschulen absichtlich schlecht, um hinter den Kulissen andere Pläne zu verwirklichen?

Wo passiert das? Auf Bundesebene (Jürgen Rüttgers und sein Hochschulrahmengesetz (HRG), der schlechende Tod des BAföG), in den Ländern (Einschreibengebühren, Strafgeldern für Langzeitstudierende, in Hessen das HHG, Prüfungsgebühren für das 2. Staatsexamen und vieles mehr), an den Hochschulen (an der TUD die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen u.a.), in den Fachbereichen und den Instituten.

Dürfen wir, die Studierenden, da mitspielen? Können wir was erreichen? Wir denken, ja. Es kommt immer auf einen Versuch an. Dazu bedarf es allerdings noch mehr als dem zweiwöchigen Bestreiken der Uni. Die studentischen Meinungen müssen in die Gremien der Hochschulen und der Politik getragen werden, wir müssen uns andauernd in die öffentliche Diskussion über Hochschulpolitik in den Medien einbringen.

Und wer macht das? Tja, das ist eine gute Frage. Schließlich haben wir alle unsere nächste Klausur oder Seminararbeit vor der Tür stehen. Aber aus dem Streik entstehen viele gute Ideen, wobei jeder mitdiskutieren oder mitarbeiten kann. Und was macht jetzt also das Hochschulpolitik-Referat des AStA der TUD? Kurz gesagt, mitdiskutieren. Informationen von außerhalb der Hochschule sammeln und weiterleiten. Koordinieren, unterstützen, Initiative übernehmen, kämpfen, feiern.

Und was liegt denn so an?

- Das HRG und das Hessische Hochschulgesetz (HHG), für die sowohl der Zeitpunkt des Inkrafttretens als auch der genaue Inhalt noch unklar sind. Aber wenn sie Gesetz sind, werden sie unsere Uni drastisch verändern. Neben den immer noch anhaltenden Versuchen, die Gesetzestexte noch zu beeinflussen, wird uns dann die Einführung der Änderungen an der TUD beschäftigen.
- Die Koordination der studentischen Arbeit in hochschulpolitischen und studentischen Gremien (Konvent, Senat, Ständige Ausschüsse, Studierendenparlament, AStA, Fachschaftenplenum usw.), die demokratische Mitgestaltung von Studium an der TU nach den Grundsätzen des freien, selbstbestimmten Lernens ohne ständigen Prüfungsdruck, sondern mit Spaß.
- Das Einmischen in die folgenden bundesweiten Diskussionen: zu Studiengebühren, Bachelor/Master-Abschlüsse, zur Privatisierung der Entscheidungen über Studiengänge und Abschlüsse, zu BAföG und zu dem Leistungs/Autonomie/Wettbewerb/Management-Durcheinandergequassel.
- Das Schaffen und Unterstützen von Freiräumen in der Uni zum Diskutieren über Verbesserungsmöglichkeiten von Hochschule und Studium, um auch mal Ideen zum Agieren anstatt dem ständigen Reagieren zu bekommen.

Und das war's jetzt? Bei weitem noch nicht, aber auch der schlechteste Artikel muß mal ein Ende haben. Wer Fragen, Anregungen oder Kritik loswerden will, Interesse an Mitarbeit in jedweder Form hat oder einfach mal mit uns einen Tee trinken will, kann im AStA nach den neuen HoPo-Referenten fragen (wahrscheinlich sind das Thilo, Marcus, Alex und Kemali) oder mailen an klinger@mathematik.tu-darmstadt.de.

“Meßt uns an unseren Träumen, nicht an unseren Ängsten.”

Versuch über Moderne und Postmoderne

Vor die Frage gestellt "Was ist Postmoderne?", gerät manch eine/r ins Stocken. Mühsames hangeln bestimmt die Ideenkette: Ende der großen Erzählungen, Aufwertung der Kontingenz, Lyotard, Derrida - und dann kommt auch noch die Auflösung des Ichs. Das diese Aussagen nicht befriedigen, ist klar. Einzig richtig wäre der Verweis auf die Unmöglichkeit der komprimierten Darstellung. Ähnlich sind Fragen nach dem Inhalt von Büchern ("Was steht denn drin?") zu bescheiden.

Wenn man den Inhalt eines Buches in 3 bis 4 Sätze packen kann, dann muß der Autor sich die Frage stellen lassen, warum er überhaupt ein Buch und nicht ein Thesenpapier veröffentlicht hat.

"Die Bücher, die des Zitieren würdig sind, erheben permanenten Einspruch gegen das Zitat, dessen doch nicht entraten kann, wer über Bücher schreibt. Denn jedes solche Buch ist paradox in sich selber, Vergegenständlichung des schlechthin nicht Gegenständlichen, das vom Zitat aufgespießt wird." (Adorno, Bd 11, S. 352)

Dieses Aufspießen des nicht Gegenständlichen wird von der Verbaldefinition, wie auch von der Inhaltsangabe verlangt. Beide können das von ihnen verlangte nicht leisten, sehen sich außerstande dazu. Die "Postmoderne" läßt sich so gut oder so schlecht definieren wie alle Epochen. Der Begriff, der nur zur ersten Verortung tauglich ist, soll dem Geist ein Haltepunkt sein. Wenn ich nun trotzdem versuche die Postmoderne in wenigen Sätzen zu explizieren, bitte ich darum das oben gesagte immer zu bedenken. Die Postmoderne gib es nicht, es gibt nur Autoren und Autorinnen die unter diesem Begriff, oftmals gegen ihre Willen, subsumiert werden.

"Vom Zeitalter der Klassik bis heute haben und hatten intellektuelle Moden ihre Institutionen: Höfe, Salons, Zeitungen, Zeitschriften, Medien. Diese sind nicht Mittel, um Ideen oder Werke zu verbreiten. Durch sie werden Worte und Parolen (Rhetoriken), die Ideen und Werke zusammenfassen, kristallisieren, vor allem aber symbolisieren, in hoher Dichte und außerordentlicher Agitation in Umlauf gesetzt. Es sind Schlagworte. Sie schlagen einen Ton an. An diesem haftet ein symbolischer Wert: Die Gemeinschaft, die die Worte tauscht, erkennt sich in ihnen wieder, weniger in dem, was sie bedeuten, als in dem, wofür sie einstehen, in ihrer Kraft, Unterschiede zu signalisieren." (Lyotard 1985, S. 75)

Der Begriff dient also dazu, sich zu erkennen. Greift nun die kapitalistisch organisierte Gesellschaft den

Begriff auf, wandelt er sich von einem Erkennungsmerkmal in eine Art Markenzeichen. In ein Markenzeichen mit dem sich Geld verdienen läßt oder welches einen anderen Nutzen für die eigene Sache abwirft. Durch den inflationären Gebrauch verliert das Schlagwort seine Fähigkeit, Unterschiede darzustellen. Sein symbolischer Gehalt verblaßt zusehends und es verliert sich in der Beliebigkeit. Dies gilt nicht nur für intellektuelle Moden, sondern auch für alle anderen Schlagwörter, beispielsweise Solidarität, Umwelt, Diskurs, Kultur, Wirtschaftsstandort Deutschland etc. Da heutzutage alles was auch nur andeutungsweise das Regelwerk des sogenannten gesunden Menschverstandes überschreitet, der Postmoderne zugeschlagen wird, möchte ich im folgenden eine Engführung dieses Begriffes vornehmen.

Um die Postmoderne verorten zu können ist es nötig den Begriff der Moderne kurz zu skizzieren.

Die Moderne ist sich des Gegensatzes von Ordnung und Chaos bewußt. Ihre Aufgabe ist es, Ordnung in die Welt zu bringen. Ihre größte Angst ist, daß etwas draußen bleiben könnte, etwas, das sich den Ordnungskategorien entzieht oder sie gar gefährdet. Der progressive Charakter der Moderne ist dem Verlangen nach Ordnung geschuldet. Die Grenzen des Erfassbaren werden immer weiter getrieben. Gerade dieses immer weiter treiben hat zu Anfang unseres Jahrhunderts die Moderne in die Krise getrieben. Die Heisenbergsche Unschärferelation machte den Traum der vollkommen Erkenntnis zunichte. Einen weiteren schweren Schlag erhielt das "Projekt der Moderne" durch den Mathematiker Gödel. "Sein *Unvollständigkeitssatz* besagt, daß in der Analyse formaler Sprachen alle widerspruchsfreien axiomatischen Formulierungen der Zahlentheorie unentscheidbare (unbestimmbare) Aussagen enthalten, oder allgemeiner: In jedem formalen System gibt es einen auf dieses System bezogenen Satz, dessen Wahrheit sich nicht beweisen läßt." (Gamm, S. 9) Die Moderne weist mit ihren eigenen Mitteln die Unerreichbarkeit ihres Ziels nach, verweigert sich jedoch der Bewußtmachung dieser Unmöglichkeit. Hier setzt der postmoderne Diskurs ein. Die Postmoderne ist das Gewissen der Moderne, sie legt ihren Finger auf die Wunden, welche die Moderne schamhaft versucht zu verstecken.

Exkurs: Der Unterschied in der Herangehensweise zwischen dem postmodernen und dem modernen Diskurs läßt sich meines Erachtens sehr schön an folgendem Beispiel verdeutlichen. Erich Fromm und Roland Barthes haben beide ein Buch über die "Liebe"

geschrieben. Fromm nannte sein Buch "Die Kunst des Liebens", Barthes das seine "Fragmente einer Sprache der Liebe". Bereits an den Titeln lassen sich die unterschiedliche Denkweisen zeigen. Fromm hat ein Programm, er weiß was richtiges Lieben ist, er maßt sich Objektivität, Autorität an. Barthes bringt die Subjektivität seiner Aussagen im Titel zur Geltung. Es geht um Fragmente, also um etwas nicht abgeschlossens offenes. Er titelt auch nicht Fragmente der Sprache der Liebe, sondern einer Sprache der Liebe. Er maßt sich keine Autorität an, er spricht über die Liebe, wie er sie kennt und sieht. Er macht kenntlich, daß dies eine mögliche Interpretation ist, keine die einen Absolutheitsanspruch erhebt. Trotzdem ist sein Buch kein haltloses, subjektives Gerede, da er seine Darstellung begründet. Nur auf diese Art und Weise kann er seinem Thema gerecht werden, der Pluralität genüge tun.

Der Verlust absoluter Maßstäbe, der Einbruch der Kontingenz in die Lebenswelt ist schwer zu ertragen. Der Mensch, als wertendes Tier, verlangt nach Orientierung. Der Angriff auf den Wertekanon wird der Postmoderne oft zum Vorwurf gemacht. Die meisten der Denker sehen sich immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt sie seien vollkommene Relativisten. In der Einleitung zu "Postmoderne für Kinder" schreiben die Herausgeber: "Wie haben einige Briefe zusammengestellt, die der Autor (Lyotard, J.-F.) zum Thema Postmoderne geschrieben hat. Es hat uns Mühe gekostet, seine Zustimmung für ihre Veröffentlichung zu bekommen. Dabei haben wir geltend gemacht, daß diese Veröffentlichung dazu beitragen könnte, ihn vor gewissen Vorwürfen zu schützen - unter anderem den Vorwurf des Irrationalismus, Neo-Konservatismus, intellektuellen Terroismus, einfältigen Liberalismus, Nihilismus, Zynismus. Er schien sich um diese Attribute keinerlei Sorgen zu machen und meinte, in ihnen ein Zeichen dafür zu sehen, daß seine Gegner, anstatt zu lesen - was man wirklich lesen nennt - und *ad rem* zu argumentieren, vorzugsweise *ad hominem* und mit fertigen Kategorien operieren und daß die Achtung, die man dem Denken schulde, es nicht erlaube, sich auf Praktiken dieses Kalibers einzulassen." (Lyotard 1996, S. 9) Bereits an den Vorwürfen gegen die Postmoderne läßt sich erkennen, wie schwer es ist, sie definitorisch zu erfassen. Der stereotype Vorwurf des Relativismus, der postmodernen Autoren gegenüber erhoben wird, meist bezogen auf das berühmte "Anything goes" von Paul Feyerabend, übersieht, daß die Postmoderne die Unbestimmtheit nicht geschaffen hat, sie lediglich aufzeigt. Das postmoderne Denken ist eine Antwort auf das Versagen der Moderne. Da sich diese Theoretiker nicht mehr in den vorgegebenen Bahnen der instrumentellen Vernunft bewegen, ist es schwierig, ihren Gedankengängen zu folgen. Die Antwort der Moderne ist das Aufwärmen

alter, längst überholter Konzepte wie z.B. des Nationalismus. Rechte Gruppierungen sind in der Lage, auf komplizierte Fragen scheinbar einfache Antworten zu geben. Der allgemein niedrige Reflektionsstatus der Bevölkerung und die damit verbundene Anfälligkeit für demagogische Einflüsterungen, ist ein Produkt an dem die Moderne nicht unwesentlich beteiligt ist. Die zunehmende Desorientierung führt dazu, daß jedes Orientierungsangebot dankbar angenommen wird. Die Verstärkung pseudoreligiöser Bewegungen, der ganze Esoterikmüll sind weitere Zeichen dafür, daß die Orientierungslosigkeit von den Intellektuellen auf den Durchschnittsbürger übergriffen hat. Man kann diese Orientierungslosigkeit nun verdammen, begrüßen oder sich einfach mit ihr abfinden, wegdefinieren läßt sie sich nicht. "Worauf sich die inhärent polyseme und kontroverse Idee der Postmoderne am häufigsten bezieht (sei es auch nur stillschweigend) ist zuerst und vorallem ein Akzeptieren der unauslöschlichen Pluralität der Welt; eine Pluralität, die nicht eine Zwischenstation auf dem Weg zur noch nicht erreichten Vollkommenheit ist (Unvollkommenheiten gibt es viele und verschiedene; Vollkommenheit ist *per definitionem* immer nur eine), eine Station, die früher oder später zurückzubleiben hat - sondern eine konstitutive Qualität der Existenz. Ebenso bedeutet Postmoderne eine entschlossene Emazipation von dem charakteristischen modernen Drang, die Ambivalenz zu überwinden und die monoseme Klarheit der Selbigkeit zu fördern. [...] Die Postmoderne ist die Moderne, die mit ihrer eigenen Unmöglichkeit versöhnt ist - und um jeden Preis entschlossen ist, damit zu leben. Die moderne Praxis dauert an - jetzt freilich befreit von dem Ziel, das sie einst ausgelöst hat." (Baumann, S. 127)

Der Gedanke der Pluralität ist es, der den Vorwurf des Neo-Liberalismus begünstigt. Pluralität ist eng mit dem Begriff der Freiheit und damit der Selbstverantwortung verbunden. Diese Stärkung der Verantwortung des Einzelnen wird gerne so ausgelegt, daß wenn jeder an sich denkt an alle gedacht ist. Verbunden damit ist dann meist die Forderung, staatlich garantierte Grundversorgungen einzuschränken oder gar ganz abzuschaffen. Freiheit und ökonomische Sicherheit schließen sich nicht aus. Der Mensch wird gerade frei und damit verantwortlich für seine Taten wenn er dem "Überlebenskampf" enthoben ist. Soziale Sicherheit ist nicht mit Bevormundung gleichzusetzen.

Freiheit und Verantwortung bedingen sich gegenseitig. Um frei sein zu können, muß man Verantwortung tragen können und um verantwortlich zu sein, muß man frei sein.

"Bei vielen Menschen ist es bereits eine Unverschämtheit, wenn sie Ich sagen." (Adorno, *Minima Moralia*, S. 57)

Dieser, zugegebenerweise etwas harsch formulierte,

Satz trifft ein großes Problem unserer Zeit. Die Moderne ist bestrebt, Verantwortung aus Freiheit in reines Befolgen von Regeln zu wandeln. Der gesellschaftliche Apparat gewinnt zusehends an Größe und Komplexität und dringt in die letzten Winkel des Lebens ein. Freizeit, Familie, Freundschaft etc. unterliegen den Geboten der Funktionalität. Der Mensch bildet kein Ich mehr aus, sondern nurmehr verschiedenen Funktionen unterworfenen Rollen. In jeder dieser Rolle wird ein großer Teil Verantwortung delegiert an übergeordnete Positionen. Das berühmte "Ich hatte meine Befehle" ist nur das schlagendste Beispiel. Eingordnet in Funktionszusammenhänge, wird der Mensch zum Teil einer Maschine und gibt gerade das auf, was die Moderne fordert, seine Identität mit sich selbst.

Als Einstiegslektüre zu obigem Thema empfiehlt sich "Postmoderne für Kinder" von Lyotard und "Moderne und Ambivalenz" von Baumann. (rh)

Literatur:

Adorno, T.W. : "Minima Moralia". Frankfurt am Main, Suhrkamp, 23. Aufl. 1997.

Adorno, T.W. : "Noten zur Literatur" in "Gesammelte Schriften Bd. 11". Frankfurt am Main, Suhrkamp, 4. Aufl. 1996.

Baumann, Zygmunt : "Moderne und Ambivalenz". Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, 1995.

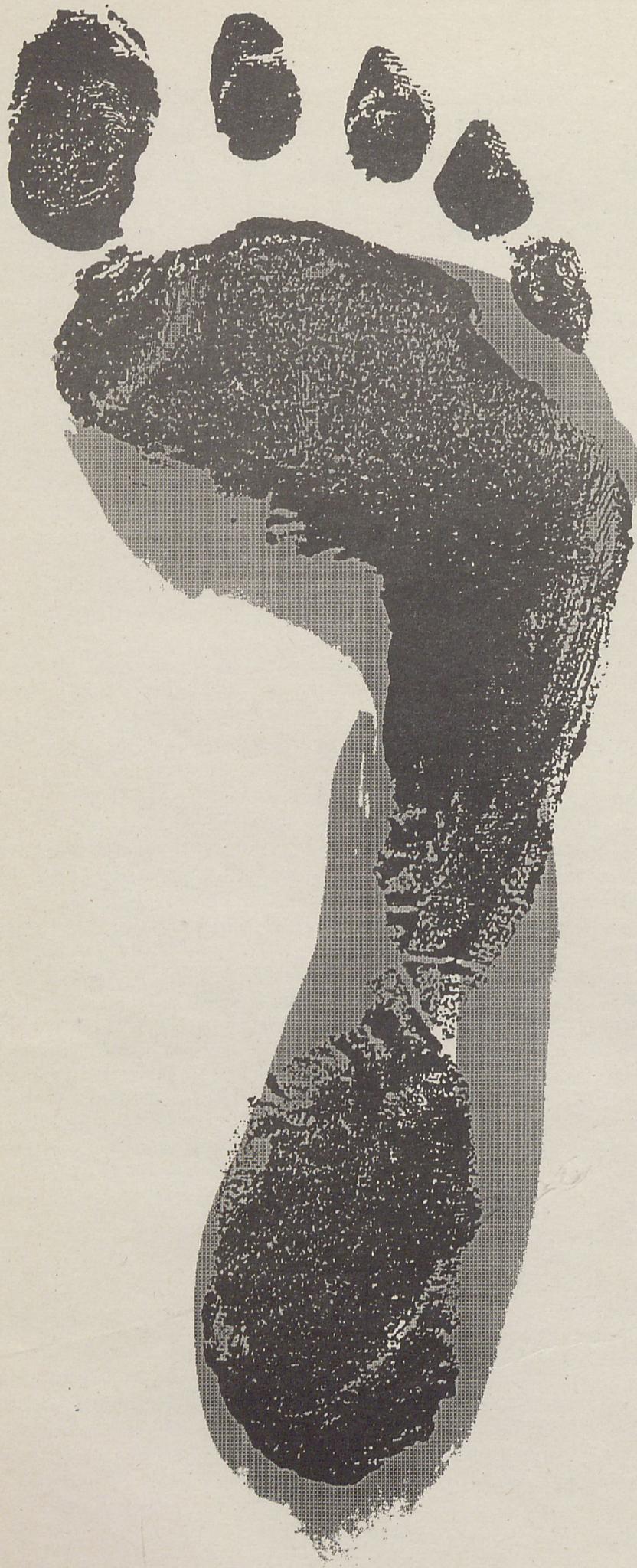
Gamm, Gerhard: "Die Flucht aus der Kategorie". Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1994.

Lyotard, Jean-Francois: "Grabmal des Intellektuellen". Wien, Passagen Verlag, 1985.

Lyotard, Jean-Francois: "Postmoderne für Kinder - Briefe aus den Jahren 1982 - 1985". Wien, Passagen Verlag, 1996.

AudioMax - Das Studentinnen-Magazin bei Radio Darmstadt

Für alle noch mal kurz vorab, Radio Darmstadt, euch allen eher unter der Abkürzung RadaR bekannt, hat natürlich auch ein StudentInnen-Magazin. Wir, das sind 10 Studentinnen und Studenten der TU und der FH Darmstadt, schmeißen jede Woche eine Stunde Information und Unterhaltung rund um das Studentinnen-Leben in Darmstadt. Wir berichten über die unbegrenzten Möglichkeiten des Darmstädter Nachtlebens (hört, hört), über studentische Aktivitäten an den Hochschulen, das neueste aus dem politischen Spektrum der Hochschulen intern, und vieles, vieles mehr. Zu hören sind wir immer Dienstags von 18.05 bis 19.00 Uhr. Sollte euer gestreutes StudentInnen-Leben euch hierfür keine Zeit lassen, könnt Ihr uns immer noch am folgenden Mittwoch jeweils um 9.05 Uhr, als auch um 15.05 Uhr noch mal in der Wiederholung hören. Wenn's euch gefällt und Ihr Lust habt bei uns mitzumachen, dann meldet euch, wir nehmen alles was an den Darmstädter Hochschulen so krecht und fleucht. Wir werfen auch niemanden ins kalte Wasser, in nächster Zeit bieten wir wieder einen Radio-Workshop an, in dem Interessierte alles über das Radiomachen und die erforderliche Technik dazu erlernen können. Erreichen könnt Ihr uns über das AStA-Büro, Tel. 16-2117, oder schreibt einfach an die TUD, AudioMax, Karolinenplatz 5, 64289 Darmstadt oder als aller einfachstes, schaut bei unserer Redaktionssitzung vorbei, die findet jeden Mittwoch im Zintl-Gebäude (direkt am Herrngarten), Erdgeschoß Raum 92, um 20.00 Uhr statt. Und last, but not least, Radar sendet auf 103,4 Mhz oder im Kabel auf 96,05. See you later, Studis.



DRUCKEN



Den ersten und wichtigsten Schritt zur Drucksache überlassen wir Euch: die Erstellung der Vorlage. Natürlich beraten wir gerne dabei, außerdem verkleinern und vergrößern wir, retuschieren, montieren, kleben ...

Unser maximales Papierformat ist etwas größer als DIN A3, wir drucken also Broschüren (z. B. maximum overdrive), Flyer, Skripte, Dissertationen, Briefumschläge, aber auch Plakate, die aus mehreren Bögen zusammengesetzt sein können.



PAPIER

Diese Zeitung ist auf 80 g/m² Umweltschutzpapier (UWS) gedruckt. Zur Auswahl stehen neben weißen auch farbige Papiere und Kartons (rot, grün, blau, gelb, orange) in verschiedenen Stärken von 80 bis 300 g/m². Selbstgeliefertes Papier wird gutgeschrieben.

FARBE



Die Farbe, die wir am häufigsten verwenden, ist eigentlich gar keine: schwarz. Buntfarben gehen natürlich genausogut, auch mehrere auf einem Bogen.

Unsere Ausgangspreise für einfarbig schwarze Drucke auf 80 g/m² UWS-Papier im Format DIN A3:

| | einseitig | beidseitig |
|------|-----------|------------|
| 100 | 30,00 | 47,50 |
| 200 | 41,50 | 70,00 |
| 500 | 68,50 | 117,00 |
| 1000 | 103,50 | 173,50 |



BINDEN

Das Zusammentragen und Binden der bedruckten Bögen übernehmen wir. Natürlich binden wir auch alles, was nicht von uns gedruckt worden ist, also Studien- und Diplomarbeiten, Buchkopien, Vorlesungsunterlagen ...

Ihr könnt zwischen Rückendrahtheftung (wie maximum overdrive), Klebebindung und Ringbindung wählen. Kostenpunkt für Ring und Thermobindungen: 2,50 bis 6,- DM - je nach Stärke.

DARMSTÄDTER HOCHSCHUL- UND SCHLOSSFEST 27.06.98 um 20:30

Bereits zum vierten Mal veranstaltet der AStA der TUD am 27.06.98 in den Innenhöfen des Darmstädter Schlosses das Hochschulfest. Auch in diesem Jahr haben wir uns bemüht, ein abwechslungsreiches Programm zusammenzustellen. Neben den Bands, die für jeden Musikgeschmack etwas bieten werden, ist wieder für unterhaltsame Kurzfilme (unter anderem "Der Film zum Streik") die der Filmkreis präsentieren wird, gesorgt, wie auch für kulinarische Hochgenüsse. Bücherstände sollen dann auch den Wissensdurst der Studierenden stillen, zum Stöbern einladen und das kulturelle Angebot abrunden. Bei Regen ist der Schloßkeller als Veranstaltungsort vorgesehen.

Damit ihr wißt, was euch musikalisch erwartet, wollen wir einige der Bands kurz vorstellen.

Rosana & Zelia feat. Angela Fronteira



Der Stil der drei brasilianischen Musikerinnen ist vor allem geprägt durch die unterschiedlichen Einflüsse ihrer Heimat. Während Angela Fronteira einigen von euch von einem der letzten Hochschulfeste vielleicht noch ein Begriff ist, sind Rosana und Zelia den meisten wohl noch unbekannt. Die beiden Musikerinnen haben, neben den brasilianischen Einflüssen, vor allem durch Begegnungen mit anderen Musikkulturen und der Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Musikern unter anderem Jazz- und Pop-Elemente aufgenommen und so ihren ganz persönlichen Stil entwickelt.

Zusammen mit der Percussionistin und Schlagzeugvirtuosin Angela Fronteira gingen sie 1997 auf Europatournee und wurden als "Frauenstimmen der Welt" gefeiert. Ihr Auftritt beim Darmstädter Schloßfest ist ein absolutes Highlight, das ihr euch auf keinen Fall entgehen lassen solltet.

Probieren Sie doch mal was anderes:

Prager Frühling

Man nehme:

mehrere Stimmen
einen
Teelöffel Folklore,
zwei Handvoll Percussion,
viele groovige Rhythmen
und eine große Prise
Experimentierfreude,
vermischt alles
mit einer witzigen Bühnenshow,
verfeinere mit
zirpen,
jollern,
gluggern,
hauchen und
klingeln,
würze mit fünf Liter Schweiß und Spaß
und lasse das Ganze lange garen.
Live servieren!

Das schmeckt den Ohren und ist
absolut tanzbar.

Das ist Prager Frühling



*“Keine der herkömmlichen Schubladen, nicht einmal neudeutsche Neologismen im Bereich der Musikszene, bieten genug Raum, um diese Band und ihren Sound zu umschreiben.”
(Süddeutsche Zeitung)*

Impressum

Herausgeber: AStA der Technischen Universität Darmstadt

Redaktion: Michael Enderlein, Reinhard Heil

Anschrift: Hochschulstr. 1, 64289 Darmstadt

Druck: AStA-Druckerei

Auflage: 2500

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: Michael Enderlein

BEGGARMAN'S CURSE



“es geht auch so ...”, dachte er sich, und stampfte weiter. Doch langsam fingen seine Socken an nass zu werden, seine Finger waren längst taub vor Eiseskälte und seine Augen Schlitze, denen das Detail entwich.

“... und ich, ... hab’ Meilen noch zu gehen bevor ich ruh’ ...”. Und das alles, bloß wegen dem einsamen Plakat von “Beggarmans’ Curse”, dass an der Tür ihres Klos gehangen hatte ...

Independent&Psychedelic

Zusätzlich haben sich noch
Goo Birds Flight (Folk Rock)
 und
Silly-Con-Circles
 angesagt.

Kanthers Entwurf gegen ausländische Studierende

Anmerkungen des Menschenrechts-Referates

Mitte der 90er Jahre begann unter den mehr oder weniger Intellektuellen der westlichen Welt die Debatte um die "Globalisierung" der Weltwirtschaft. Insbesondere unter den Linken, die mit dem Zusammenbruch des Ostblocks einen schweren Orientierungsverlust hinnehmen mußten, hört man oft die These, daß die neuesten Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologie und den damit verbundenen Veränderungen in der Arbeitsweise multinationaler Konzerne "grenzüberschreitenden" Charakter hätten - daß also die Einteilung der menschlichen Gesellschaft in Nationalstaaten langsam überwunden würde.

Ein Blick auf die wirklichen politischen Verhältnisse in Deutschland zeigt sofort, daß dieser Gedanke ein großer Irrtum ist. Seit 1993 mit einem Konsens aller großen Parteien das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft worden ist, macht das Abschrecken und Abschieben von Menschen aus Ländern außerhalb Europas einen immer wichtigeren Teil der staatlichen Innen- und Außenpolitik aus. Mittlerweile werden bundesweit nur noch rund 2 Prozent aller Menschen, die vor Krieg und politischer Verfolgung flüchten, als asylberechtigt anerkannt. Diese Situation verschärfte sich noch mit der Unterzeichnung des Schengener Abkommens 1995, mit dem die wichtigsten Staaten der Europäischen Union untereinander die Grenzkontrollen aufhoben und dafür um so schärfere Abschottungsmaßnahmen an den Außengrenzen Europas einführten. Diese Lage wirkt sich nicht nur auf das schwere Schicksal der kurdischen Flüchtlinge aus, die zu Neujahr mit Schiffen in Südtalien gestrandet waren, sondern sie spiegelt noch deutlicher die Probleme wieder, denen ausländische Studierende in der Bundesrepublik ausgesetzt sind.

Für sie bestehen schon seit jeher Sonderregelungen, die einen scharfen sozialen Numerus Clausus darstellen. Erstens werden schulische und universitäre Leistungen von Studierenden aus außereuropäischen Ländern nicht vollständig anerkannt. Zweitens müssen die Studierenden beweisen können, daß ihr Studium durch Verwandte etc. finanziert wird - vom deutschen Staat haben sie nämlich keinen Pfennig zu erwarten. Weder haben ausländische Studierende Anspruch auf BAföG oder ähnliche Sozialleistungen, noch wird ihnen erlaubt zu arbeiten, um ihr Studium zu finanzieren. In manchen Bundesländern wird gar keine Arbeitserlaubnis erteilt, in anderen ist sie auf 10 oder 12 Stunden die Woche beschränkt. Die Aufenthaltserlaubnis muß jährlich verlängert werden, und dies geschieht nur, wenn die

geforderten Leistungen in knapper Zeit erbracht werden, ansonsten droht die Abschiebung. Mit den Sonderregelungen besteht eine klare Diskriminierung der ausländischen Studierenden, deren Bildungschancen gegenüber den deutschen Studierenden weitaus geringer sind. Ein guter Abschluß ist nicht von individuellen "Leistungen" abhängig, sondern vom richtigen Paß und von einem dicken Portemonnaie.

Als ob dies nicht schon schlimm genug wäre, hat Bundesinnenminister Manfred Kanther parallel zu den geplanten "Einschreibgebühren" und der Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) einen Entwurf für Verwaltungsvorschriften vorbereitet, der die Sonderregelungen sogar noch verschärfen sollte. Nach diesem Entwurf sollte eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium einheitlich überhaupt nicht mehr möglich sein; die Kostendeckung des Studiums sollte aber jährlich zur Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung nachgewiesen werden müssen. Studierende aus sogenannten "Entwicklungsländern" sollte verboten werden, nach einem ersten Hochschulabschluß ein Aufbaustudium in Deutschland zu machen. Darüber hinaus sollte künftig die Ausländerbehörde darüber entscheiden dürfen, wer, was, wo und wie lange studieren darf - und nicht mehr die Studierenden oder die Hochschule.

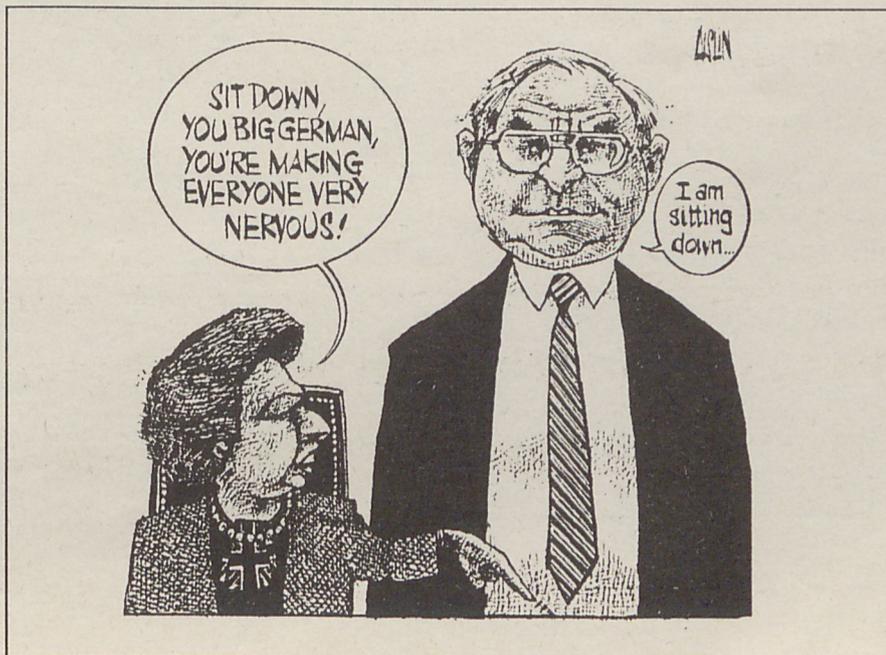
Dieser Entwurf wurde von der Hochschulrektorenkonferenz mit der Begründung abgelehnt, daß die "Internationalität" bundesdeutscher Hochschulen gefördert werden müsse, da dies für den Wirtschaftsstandort Deutschland von großer Bedeutung sei. Hinter dieser Argumentation verbirgt sich die Idee, daß Deutschland im Konkurrenzkampf mit anderen europäischen Großmächten wie Frankreich und England darum bemüht sein muß, die intellektuellen Eliten anderer Länder an sich zu binden, um über diesen Brückenkopf die Interessen der eigenen nationalen Wirtschaft im Ausland zu stärken. Auf der einen Seite stehen z.B. die Studierenden aus den USA und Japan, die nicht von Kanthers Rüpeleien davon abgehalten werden sollen, nach Deutschland zu kommen, um den Austausch von Forschung, Technologie und wirtschaftlichen Projekten zu erleichtern. Entscheiden sich diese alle für ein anderes Land, so werden eben auch die joint ventures der kommenden Jahre verstärkt mit diesen Gastländern laufen. Auf der anderen Seite hat Deutschland einen starken Nachholbedarf gegen Frankreich und England. Insbesondere diese beiden imperialistischen Mächte haben seit vielen Jahrzehnten in all ihren Kolonien eine verwestlichte Elite geschaffen, die bis heute in

der Sprache des Koloniallandes ausgebildet wird und dessen politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Vorstellungen verinnerlicht hat. Viele Studierende aus afrikanischen und asiatischen Ländern werden es als höchstes Ziel ansehen, in Paris oder London zu studieren, um danach in ihrem Heimatland zur Elite gehören zu können - klar, daß diese Eliten nach wie vor völlig abhängig von der ehemaligen Kolonialmacht bzw. Studiengastland agieren und gerade dessen Vorherrschaft in ihrem eigenen Land verfestigen werden. Für die Bundesrepublik Deutschland, die für sich selbst offen die "Führungsrolle in Europa" beansprucht, bedeutet dies große Schwierigkeiten, sich die "Rohstoffe und Absatzmärkte" in außereuropäischen Ländern zu sichern. Sie muß also ein Studium für Menschen aus diesen Ländern halbwegs attraktiv gestalten, um wenigstens eine kleine Schicht von Intellektuellen heranzubilden, die sich an deutschen Vorstellungen orientieren.

Es tobt also ein Kampf in der deutschen Bourgeoisie zwischen denjenigen, die eine rigide "Ausländer raus!"-Politik betreiben, und zur Sicherung ihrer Interessen im Ausland nur auf die Macht und die Unterstützung befreundeter diktatorischer Regime setzen, und denjenigen, die freundschaftliche Kontakte zu den jungen, marktwirtschaftlich-liberal orientierten Kräften in Wirtschaft und Politik der außereuropäischen Länder für langfristig effizienter halten. Dieser Kampf schlägt sich auch in dem geheimnisvollen Kompromiß nieder, den Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers und Innenminister Manfred Kanther im Dezember 1997 zu den Verwaltungsvorschriften für ausländische Studierende ausgearbeitet haben. In dieser Kompromißregelung finden Zeitungsberichten zufolge sowohl die "ausländerrechtlichen Bedenken" des deutschnationalen Flügels, als auch die Bemühungen um eine gute Stellung im internationalen "Wettbewerb um intellektuelle Eliten" ihren Niederschlag. Dieser Kompromißvorschlag sieht bestimmte Verbesserungen der Lage der ausländischen

Studierenden vor, berichteten mehrere Tageszeitungen. Allerdings hielten sie ihre Berichte sehr oberflächlich. Als ein AusländerInnenreferat beim Bundesinnenministerium den neuen Entwurf verlangte, bekam es jedoch keine Antwort. Anscheinend ist dieser Entwurf (noch) nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Oder vielleicht war es sogar nur ein Medientrick, um auf dem Höhepunkt der Streikbewegung die Mehrheit der deutschen Studierenden in ihrer Überzeugung zu bestärken, daß die Situation ihrer ausländischen KommilitonInnen gar nicht so schlimm sei und jedenfalls kein Thema der Studentenbewegung sein sollte.

Es ist also nach wie vor offen, wie die neuen Verwaltungsvorschriften konkret aussehen werden. Klar ist allerdings ein Grundkonsens darüber, daß der einzige Maßstab, an dem ausländische Studierende gemessen werden, ihre Verwertbarkeit für die deutsche Wirtschaft ist. Und für all die Studierenden, die aus Krieg, Armut und Unterdrückung kommen und sich zur Beendigung dessen Bildung aneignen wollen, die nicht aus einer reichen Familie stammen und nicht mit den Mächtigen ihres Heimatlandes auf Du und Du stehen, wird jedenfalls die Situation immer schlimmer. Und das liegt nicht in der ersten Linie an der Hochschulpolitik, sondern an der allgemeinen rassistischen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Denn den Menschen aus den unterdrückten außereuropäischen Ländern wird tagtäglich mit allen Mitteln deutlich gemacht, daß es in Deutschland nichts für sie zu holen gibt. Ob es in den nächsten Jahren für ausländische Studierende möglich sein wird, ein Studium an einer deutschen Hochschule zu absolvieren, oder ob sie im täglichen Kampf mit finanziellen Problemen, bürokratischen Schikanen und wachsendem Rassismus untergehen, hängt vor allem von unserem Kampf ab. **Denn Rechte kriegen wir nicht geschenkt, wir müssen sie uns erkämpfen!**



Tatort Soziales

Die Sozial-News des AStA der TU Darmstadt

Kostenlos, aber nicht umsonst !

Ausgabe 1 im
Sommersemester 1998



Inhalt

Dienstaufsichtsbeschwerde
gegen BAföG-Amt

Technische Altenhilfe

Studieren mit Kind

Wohnen für Hilfe

Recht & Ratgeber

Termine

AStA : von StudentInnen für StudentInnen

Die Sozial - und BAföG - ReferentInnen

Alwin Walther, Freund und Förderer der V2

Am 8. Mai (!) diesen Jahres soll an der TU Darmstadt ein Festkolloquium zum 100. Geburtstag von Prof. Alwin Walther stattfinden.

Alwin Walther wurde 1928 als Professor für Praktische Mathematik nach Darmstadt berufen.

In den 30er Jahren baute er das Institut für Praktische Mathematik (IPM) zu einem der führenden Institute in diesem Bereich aus. Es machte sich einen Namen mit der Erstellung von Nomogrammen, der Entwicklung leichter handhabbarer Rechen-schieber und verbesserter mechanisch-analoger Integriergeräte. Größere Berechnungen wurden von Hilfskräften mit Hilfe handelsüblicher Bürorechenmaschinen und vervielfältigter Schemablätter durchgeführt. Das IPM galt als „Rechenfabrik“, die auf diese Art zahlreiche Industrie- und Hochschulaufträge bearbeitete. Die Professoren um Walther gewannen dadurch auch hochschul-innenpolitisch erhebliches Gewicht.

1939, wenige Wochen nach Beginn des 2. Weltkrieges, bekam das IPM einen Großauftrag von einem der damals einflußreichsten und finanzstärksten Geldgeber: von der Heeresanstalt Peenemünde. Diese Forschungsstätte zur Raketenentwicklung war von Darmstädtern dominiert: Rund ein Viertel der dort tätigen Wissenschaftler kamen aus Darmstadt. Auf Walthers ausdrückliche Bitte wurde der Auftrag für ballistische Rechnungen zur Entwicklung der V2-Rakete mit dem Zusatz „Lösung möglichst auf instrumentellem Wege“ versehen, was er in einer Rede von 1961 als „glücklichen Umstand“ festhält.

Dadurch wurde nämlich „die Bahn frei“, gemeinsam mit der Kemptener Firma Ott die elektrisch-mechanische Integrieranlage „IPM-Ott“ zur Lösung von Differentialgleichungen zu konstruieren. Diese Anlage war für Peenemünde bestimmt und sollte im Eigentum der Wehrmacht verbleiben; allein das Ende des Krieges verhinderte, daß sie an ihren ursprünglichen Bestimmungsort gelangen konnte: Dieses Großprojekt wurde erst 1948 fertiggestellt.

Bis dahin wurden im IPM zahlreiche andere Aufträge für Peenemünde und andere Wehrmachtsstellen bearbeitet, wie etwa die Entwicklung des „Brenn-schlußgeräts“ für die V2 nebst mathematischer Theorie, aerodynamische Berechnungen oder die Tabellierung spezieller Funktionen für die Marine. Die „Rechenfabrik“ florierte also; zeitweise waren bis zu 70 Rechnerinnen beschäftigt.

Nach allem, was wir wissen, war Alwin Walther kein Nazi; in einem Spitzelbericht von 1944 beklagt der SS-Sicherheitsdienst Walthers großen Einfluß und

seine Personalpolitik, bei der aktive Nationalsozialisten bewußt ferngehalten würden, bescheinigt ihm aber „eifrig zu arbeiten“ und „sachlich bestrebt“ zu sein. Ehemalige Mitarbeiter im IPM berichten, daß Walther nach der Besetzung Norwegens die Beschlagnahme einer Integrieranlage in Oslo verhindert habe.

Ansonsten scheint Walther aber wenig Berührungs-ängste gegenüber dem System gehabt zu haben: Im Herbst 1944 wurde auf Betreiben des SS-Ahnenerbes und des Reichsforschungsrates eine „Abteilung M(athematik) des Instituts für wehrwissenschaftliche Zweckforschung“ im KZ Sachsenhausen aufgebaut, in der inhaftierte Wissenschaftler Zwangsarbeit „für das menschenbeanspruchende und zeitraubenden Ausrechnen von Formeln, Ausarbeitung von Einzelkonstruktionen, sowie aber auch zu Grundlagen-Forschungen“ leisteten. Der Leiter dieser Abteilung, Karlheinz Boseck, sollte in dem „zentralen und größten deutschen Rechen-Institut“ bei Walther geschult werden, der auch „die Steuerung der Aufträge“ übernehmen sollte, da er „mit allen Bedarfsstellen in Verbindung steht“. Walther war zu dieser Mitarbeit bereit und schlug auch „Arbeiten auf lange Sicht“ für diese „Abteilung M“ vor; einer tatsächlichen Zusammenarbeit kam wohl allein die Bombardierung Darmstadts und die weitgehende Zerstörung des IPM zuvor.

1946 wollten die USA Walther – wie so viele andere an der Rüstungsforschung beteiligte Wissenschaftler – anwerben; er lehnte dies ab: „Es hat meiner pazifistischen Art während des Krieges stets widerstrebt, daß manche meiner Arbeiten letzten Endes auf kriegerische Maßnahmen hinausliefen.“ Auf seinen Pazifismus kommt er in einer Rede 1966 noch einmal zu sprechen: „Außerdem – weil ich Pazifist bin – dachte ich natürlich daran, daß das [automatische Digitalrechner] keineswegs nur für diese Kriegszwecke in Betracht kommen sollte, sondern es sollte für die Dauer für die Menschheit nützlich sein, und es ist auch nützlich geworden,....“

1948 gab Walther im Auftrag der Militärregierung fünf Bände über angewandte Mathematik im Rahmen der FIAT Reviews heraus, in denen der Stand der deutschen Forschung seit 1939 dargestellt wurde. Er hatte offenbar keine Probleme damit, in diesem Rahmen neben Anwendungen wie Versicherungsmathematik, Baustatik und Kristallgeometrie nicht nur die ballistischen Leistungen seines eigenen Instituts, sondern auch Beiträge über „die Theorie der Splitterwirkung“ oder Anwendungen der Statistik auf

Erbmathematik und Inzuchtforschung zu veröffentlichen. In seiner Einleitung zu diesen Bänden lobt er, „daß zahlreiche 'reine' Mathematiker im Kriege auf dem ihnen früher völlig fremden Gebiete der angewandten Mathematik tätig waren und dieser viele neue Ideen und Impulse zuführten. Umgekehrt empfangen sie fruchtbare Fragestellungen für rein mathematische Arbeit. Im ganzen kam eine ungetriebene Synthese zwischen reiner und angewandter Mathematik zustande. Mit Hilfe der für manche Zwecke bereitstehenden großen finanziellen und technischen Mittel wurde vieles auf Dauer wertvolle an Methoden oder an Tabellen und Geräten geschaffen.“

In den folgenden zwei Jahrzehnten zahlte sich der Vorsprung, den Alwin Walthers IPM während des 2. Weltkrieges erreicht hatte, aus: Bis zu seiner Emeritierung 1966 gelang es Walther u.a., den ersten industriell gefertigten Computer für eine deutsche Hochschule zu erwerben, eine in ihrer Vollständigkeit wohl seinerzeit einzigartige Computer-Bibliothek sowie das deutsche Rechenzentrum in Darmstadt aufzubauen. Er erhielt zahlreiche in- und ausländische Ehrungen und Posten.

Insofern kann man wohl schon sagen, daß Alwin Walther für „die Wissenschaft“ viel geleistet hat. Aber genau mit dieser Aussage wird es auch schon problematisch: „Die Wissenschaft“ erscheint hier als ein Subjekt, das nach Freiheit, Entfaltung und Fortschritt strebt – eine Auffassung, der auch Walther zu huldigen scheint, wenn er (wiederum im Vorwort zu den FIAT Reviews 1948) schreibt: „Die heute beim Vergleich mit anderen Ländern ersichtlichen 'Duplizitäten' von Arbeiten bekunden in wunderbarer Weise das selbständige Leben und die Kraft mathematischer Ideen über alle Grenzen hinweg.“ Andererseits hat er sich mit seiner Praktischen Mathematik immer wieder von der reinen Mathematik („L'art pour l'art“) abgegrenzt: „Der mathematische Weltmann empfängt auf dem Marktplatz des Lebens von überallher Aufgaben und Anregungen und liefert nach der Bearbeitung konkrete Resultate und abstrakte Denkformen. Sein Interesse gilt dem Wechselspiel zwischen Mathematik und Realität, und er kann sich der ganzen Fülle des Lebens und seiner Probleme erfreuen.“

An anderer Stelle lobt er wiederum gerade die „freie“ Forschung: 1961 beschreibt er in einem Rückblick die Hundertjahrfeier der THD: „[...] die Ende Mai 1936 [...] in glanzvoller Weise stattfand. Es war das Jahr der Berliner Olympischen Spiele und damit eine politisch verhältnismäßig spannungsfreie Zeit. [...] Blenden wir zurück, so erblicken wir im sonnenheißen Inneren der Halle zahlreiche auswärtige Rektoren in

farbenprächtigen Talaren, Parteigrößen in ihren Uniformen, Ehrengäste in Schwarz und die Fülle der anderen Teilnehmer. Unser verdienstvoller damaliger Rektor, Professor Hübener betritt das Podium und schildert in seiner Ansprache, wie es ähnlich die schöne Jubiläumsschrift von Professor Schlinck tut, die geschichtliche Entwicklung der Hochschule und ihrer Fakultäten, hebt Besonderheiten von Instituten und Laboratorien hervor und rühmt die enge Verbindung mit der Praxis. Dann hält Professor Thum, der damalige Vorsitzende unserer Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule Darmstadt seinen herrlichen Vortrag 'Bedeutung und Notwendigkeit wissenschaftlicher Forschung an Technischen Hochschulen'. Darin legt er, selbst ein hervorragender Forscher und Schöpfer des Begriffs der Gestaltfertigkeit, ein flammendes Bekenntnis ab zur freien, nur aus dem Trieb nach Erkenntnis geborenen Forschung und huldigt den großen Mathematikern, Physikern und Chemikern des In- und Auslands in begeisterten Worten. Um dieses Bekenntnis recht zu würdigen, muß man es gegen den Hintergrund der Absicht der nationalsozialistischen Regierung halten, die Forschung auf bloße Zweckforschung für 'staatspolitisch wichtige Ziele' einzuengen. Der persönliche Mut, den Professor Thum in seinem Einreten für die freie Forschung zeigte, leuchtete auch schon aus seinen ersten Worten hervor, [...]“

Herbert Mehrstens stellt zu diesem Thema treffend fest: „Für die Freiheit der Wissenschaft einzutreten ist kein Akt des Widerstands. Zumal nicht, wenn die Verwertung der Wissenschaft durch das Heereswaffenamt, durch die IG Farben, durch das faschistische System gar nicht erst in Frage gestellt wird. [...] für die Gegenwart müssen wir den Willen zum Widerstand fordern und darauf pochen, daß der Rückzug in die vorgeblich unpolitische, reine Wissenschaft sehr wohl ein politischer Akt ist.“

Ist Alwin Walther die Naivität, die aus dieser Schilderung zu sprechen scheint, abzunehmen – gerade auch angesichts der einflußreichen, durchaus machtbewußten Rolle, die er jahrzehntelang an der THD gespielt hat? Oder handelt es sich hier nur um eine Variante der Lebenslüge von der 'reinen Geisteswissenschaft' Mathematik, die an dem 'Mißbrauch', der mit ihren Ergebnissen getrieben wird, ebensowenig schuld ist wie die Menschen, die sie betreiben?

Solche Fragen stellen sich die Organisatoren des Festkolloquiums – einige Professoren aus dem konservativen Spektrum, Schüler und Nachfolger Walthers und solche, die sich dafür halten – nicht; dafür beschäftigen sie sich lieber mit der Frage, ob „Alwin Walther, Freund der Zahlen, ein Pythagoreer“ war. Sie werden schon wissen, warum. (Markus Gottsleben)

Was passiert in den AStA-Referaten

Das Menschenrechtsreferat stellt sich vor

Was interessieren uns Studenten und Studentinnen Menschenrechte oder soziale Fragen? Mehr als man zunächst annehmen mag. Denn wir gehen davon aus, daß in unserer Welt nichts voneinander unabhängig ist, d.h., daß alles was sich auf unserem Planeten abspielt uns direkt oder indirekt betrifft. Genauso wie ein Flug eines Schmetterlings in Australien ein Gewitter in Europa verursachen kann.

Anders ausgedrückt: Ein/e Student/in sollte über das eigene Fachgebiet hinausblicken, sich mit gesellschaftlichen Problemen beschäftigen. Wie soll ein/e Student/in, der/die von den wahren Problemen einer Gesellschaft und deren Zusammenhängen nichts oder kaum etwas begreift, morgen nach Beendigung seines/ihres Studiums an der Gesellschaft fördernd teilhaben. Spätestens ab diesem Zeitpunkt wird man dann eine Stellung im Produktionsprozeß einnehmen und mit der Bevölkerung in engeren Kontakt kommen.

Das Menschenrechtsreferat des AStA beschäftigt sich mit sozialen Fragen und Problemen sowohl aus dem Nahen Osten, Afrika und Lateinamerika, als auch mit den Problemen von Universitäten in der BRD oder anderswo. Dabei muß erwähnt werden, daß die Kräfte bei so einer breiten Palette von Gebieten für ein Referat begrenzt sind. Etwas ähnliches wie das Menschenrechtsreferat gibt es mit unterschiedlichen Namen an den meisten deutschen Universitäten, z.B., Antifaschismus-, Anti-Rassismus, Internationalismus-Referat. In Unis mit rechten und

konservativen ASten sind sie in der Regel nicht anzutreffen.

Das Aufgabenfeld des Menschenrechtsreferates ist in den letzten Jahren an den Hochschulen in Deutschland sehr umstritten, da mit einer Welle von Verfahren seitens rechter Studenten/innen versucht wird, die "Hochschulpolitik" von der "Allgemeinpolitik" zu trennen. Damit soll ganz klar den Student/innen ein Maulkorb aufgesetzt werden.

Momentan arbeiten zwei Student/innen der "Internationalen Liste (IL)" in diesem Referat. Dem AStA-Menschenrechtsreferat untersteht einer der AStA-Räume, der verschiedenen Gruppen an der Universität als Arbeitsraum dient.

Zuletzt beschäftigten wir uns mit dem türkischen Wissenschaftler Dr. Haluk Gerger, der im Sommersemester 1996 hier an der TU Darmstadt Gastdozent war und vor kurzem wegen eines kritischen Artikels, den er vor mehr als vier Jahren schrieb, wieder inhaftiert wurde, was uns am besten den Zusammenhang zwischen Studium, Wissenschaft und Gesellschaft zeigt.

Auf unser Mitwirken hin hat die TU Darmstadt Haluk Gerger wieder zu einer Gastprofessur eingeladen. Daraufhin haben wir, in Zusammenarbeit mit dem Verband der Student/innen aus Kurdistan (YKK), bundesweit an den Hochschulen eine Kampagne gestartet, mit dem Ziel, gegen das Verhalten der türkischen Regierung zu protestieren.

Podiumsveranstaltung zu**Haluk Gerger****am 04.05.98****in 11/283 (Köhlerraum)****Teilnehmer: Prof. Dahmer (TUD)****Ercan Kanar (Menschenrechtsverein Türkei)****Rennan Gerger (Ehefrau von Haluk Gerger)****Ein Vertreter des YKK (Verband der Student/innen aus Kurdistan)**



Darmstadt, 21. April 1998

Liebe Filmfreunde!

Gleich zwei Filmreihen präsentieren wir in diesem Semester. Zum einen die Filmreihe **Filme aus dem Asien der 90er**, die Michel organisiert. Außer John Woo's **The Killer** dürften die meisten Filme dieser Reihe nur auf Festivals gelaufen sein und wir haben weder Kosten noch Mühen gescheut, um euch Spitzenfilme jenseits des Mainstreams (wie **Beyond Hypothermia** oder **A Weatherwoman**) präsentieren zu können, die man sonst nicht in deutschen Kinos zu sehen bekommt.

Die zweite Filmreihe besteht aus drei Filmen für den Anglistik Fachbereich, natürlich in der englischen Originalfassung, teilweise untertitelt: **Virginia Woolf's Mrs. Dalloway**, **Jane Austen's Verführung** und wieder einmal den Klassiker **Wiedersehen in Howard's End**.

Für Liebhaber der englischen Fassungen haben wir aber noch einen weiteren echten Knüller im Programm: **Romeo und Julia** zeigen wir um 20 Uhr in der deutschen Fassung, um 22:30 Uhr dann in der englischen Fassung mit Untertiteln.

Es wird auch wieder einen Stummfilm mit Live-Klavier geben. "Unser" Pianist Stefan Neumeier wird aus Leipzig kommen und **Der schwarze Pirat** spielen. Ganz bestimmt ein Höhepunkt dieses Filmsemesters!

Ein langjähriger Kampf um guten Filmgeschmack geht mit diesem Semester siegreich zu Ende: Wir zeigen für Cineasten den großartigen Film **Das siebente Siegel** von Ingmar Bergmann aus dem Jahr 1956 mit dem großen Max von Sydow in der Hauptrolle.

Wir bleiben in unserer Tradition, pro Semester mindestens einen guten Dokumentarfilm zu zeigen. Wir zeigen mit **Radio Star - Die AFN Story** einen Film, der von zwei ehemaligen Filmkreislern gemacht wurde und neben einer interessanten Geschichte auch noch jede Menge gute Musik aus den 50ern bis 70ern bietet.

Ein besonderer Höhepunkt wird auch die "argentinische" Doppelnacht sein, die mit **Möbius** und **Picado Fino** zwei recht unterschiedliche, aber beide auf ihre Art brillante Filme zu uns ins Audimax bringt.

Und wie immer zeigen wir auch wieder vor fast jedem Film einen passenden Vorfilm. Viel mehr Infos zu unseren Filmen gibt's im Web oder in unserem gedruckten Programmheft, das wir kostenlos verteilen.

Euer Filmkreis

Alle Filme beginnen um
20.00 Uhr im AudimaxX
(soweit nicht anders vermerkt).

Ein gutes Sommersemester
wünscht euch der Filmkreis.

- DONNERSTAG 16.04. KNOCKIN' ON HEAVEN'S DOOR**
20 + 22 Uhr !!! D 1997, 89 min, R Thomas Jahn
- DIENSTAG 21.04. (ASIEN) FORBIDDEN CITY COP (OmU)**
Hongkong 1996, 89 min, R Kuk Tak-chiu
- MITTWOCH 22.04. HITTING THE GROUND (OF)**
USA 1995, 102 min, R David P. Moore
- DONNERSTAG 23.04. BROKEN SILENCE (OmU)**
Schweiz 1996, 106 min, R Wolfgang Panzer
- DIENSTAG 28.04. BRASSED OFF**
GB/USA 1996, 107 min, R Mark Herman
- MITTWOCH 29.04. MRS. DALLOWAY (OF)**
GB/NL 1997, 93 min, R Marleen Gorris
- DIENSTAG 05.05. MEIN LEBEN IN ROSAROT (OmU)**
© F/GN/Belgien 1997, 88 min, R Alain Berliner
- DONNERSTAG 07.05. LOST HIGHWAY**
USA 1996, 134 min, R David Lynch
- DIENSTAG 12.05. (ASIEN) A WEATHERWOMAN (OmeU)**
Japan 1995, 84 min, R Tomoaki Hosoyama
- MITTWOCH 13.05. WIEDERSEHEN IN HOWARDS END (OmU)**
GB 1991, 140 min, R James Ivory
- DONNERSTAG 14.05. GROSSE POINTE BLANK (OmU)**
USA 1997, 107 min, R George Armitage
- DIENSTAG 19.05. RADIO STAR - DIE AFN STORY**
D 1994, 94 min, R H. Karnick, W. Richter
- DIENSTAG 26.05. (ASIEN) BEYOND HYPOTHERMIA (OmU)**
Hongkong 1996, 85 min, R Patrick Leung
- DONNERSTAG 28.05. GEFANGEN IM KAVKASUS (OmU)**
Kasachstan/R 1996, 95 min, R Sergej Bodrov
- DIENSTAG 02.06. SINGLES UNTERWEGS (OmU)**
© Frankreich 1997, 95 min, R Philippe Harel
- DONNERSTAG 04.06. ROMEO & JULIA**
20 Uhr deutsche Fassung + 22:30 Uhr OmU
USA 1996, 120 min, R Baz Luhrmann
- DIENSTAG 09.06. FORGOTTEN SILVER (OF) + DIE NEUE MUTTER (OmeU)**
Neuseeland 1996, 55 min, R Peter Jackson
NL 1996, 95 min, R Paula van der Oest
- DIENSTAG 16.06. (ASIEN) FALLEN ANGEL**
Hongkong 1995, 96 min, R Wong Kar-wai
- MITTWOCH 17.06. VERFÜHRUNG (OmU)**
GB 1995, 103 min, R Roger Michell
- DONNERSTAG 18.06. DER SCHWARZE PIRAT Live-Klavierbegleitung**
USA 1926, 82 min, R Albert Parker
- DIENSTAG 23.06. (ASIEN) THE KILLER (OmeU)**
Hongkong 1989, 111 min, R John Woo
- DONNERSTAG 25.06. DIE TÖDLICHE MARIA**
Deutschland 1993, 106 min, R Tom Tykwer
- DIENSTAG 30.06. (ASIEN) KITCHEN (OmU)**
Hongkong 1996, 124 min, R Yim Ho
- DONNERSTAG 02.07. DAS SIEBENTE SIEGEL**
Schweden 1956, 96 min, R Ingmar Bergman
- DIENSTAG 07.07. MARIUS ET JEANNETTE (OmU)**
20:45 Uhr!!! © F 1996, 102 min, R Robert Guédiguian
- DONNERSTAG 09.07. MOEBIUS (OmU) + PICADO FINO (OmU)**
Arg. 1996, 88 min, R Gustavo Musquera u.a.
Argentinien 1996, 80 min, R Esteban Sapir
- DIENSTAG 14.07. DAS FÜNFTE ELEMENT**
Frankreich 1997, 126 min, R Luc Besson

ABKÜRZUNGEN

© esoc-Cineclub, OmU-Original mit deutschen Untertiteln
OmeU-Original mit englischen Untertiteln, (ASIEN)-Reihe
Zutritt nur für Studierende und Hochschulangehörige!

Was passiert in den AStA-Referaten
Wie kommt mensch in den AStA
 Am Beispiel des neuen Inforeferenten

High, ich bin Christian, 30 Jahre, studiere im 2. Semester Psychologie. Während des Streiks ist mir klar geworden, daß einmal zwei Wochen Streik nicht alles sein kann. Wichtig war mir dann, in den bestehenden Strukturen der studentischen Selbstverwaltung aktiv zu werden und meinen Teil dazu beizutragen, daß die Arbeit in den Gremien, im Stupa und im AStA nicht an fehlenden engagierten Studies scheitert. So kam ich zu FACHWERK. Während den FACHWERK-Treffen diskutierten wir dann die Inhalte und Schwerpunkte des neuen AStA. Mir war die Förderung der Zusammenarbeit aller Darmstädter Hochschulen und die Unterstützung der aus dem Streik hervorgegangenen Aktivitäten wichtig. So wurde dann die Idee eines Koordinationsreferates geboren. Nach weiteren Diskussionen wurde dann klar, daß diese Arbeit Teil des Inforeferates ist.

Was ist der Schwerpunkt meiner Arbeit?

Neben der allgemeinen AStA-Arbeit will ich mich mit der Koordination der aus dem Streik im WS 97 entstanden Aktivitäten beschäftigen. Das wichtigste ist wohl, daß seit dem Streik StudentInnen aller Darmstädter Hochschulen zusammenarbeiten und versuchen Studium und den Bildungsbegriff mit selbstbestimmten Inhalten zu füllen. Dabei haben sich bisher folgende Gruppen oder Schwerpunkte gebildet:

Protestforum

Das Protestforum findet montags um 18Uhr im AStA der FH-Darmstadt statt und ist von Studierenden der drei Darmstädter Hochschulen organisiert. In diesem Forum diskutieren wir die aktuelle Situation und Perspektiven für die Zukunft. Wir erarbeiten konkrete Vorgehensweisen für den Protest im Hinblick auf die aktuelle politische Lage und suchen nach Möglichkeiten, die sich abzeichnende Entwicklung der neo-liberalen Politik zu stoppen.

Soziales Bündnis

Das soziale Bündnis Darmstadt (SoDa) ist der Zusammenschluß der verschiedenen aktiven Gruppen. Hier treffen sich Arbeitslose, SchülerInnen, Obdachlose und Studierende, um gemeinsam etwas zu bewegen. Uns ist klar geworden, daß wir alleine nichts bewegen werden und deswegen sind wir dabei, mit anderen Gruppen eine solidarische Gemeinschaft aufzubauen, die mit ihren Ideen und Handlungen zu einer aktiven Gestaltung der Zukunft beiträgt. Die Treffen finden jeweils am ersten und am dritten Dienstag im Monat im FH-Glaskasten statt. Beginn 19Uhr

Mittwochsaktion

Immer wieder mittwochs um 16Uhr treffen wir uns im Innenhof des Schlosses. Von dort aus ziehen wir zu belebten Plätzen in Darmstadt (Lui, etc.), um in der Öffentlichkeit die Meilensteine der geistig-moralischen Wende anzuprangern.

Wortwechsel

Wortwechsel wird eine Veranstaltungsreihe werden, in der Menschen über Politik diskutieren können. Wortwechsel soll regelmäßig stattfinden und ein Baustein der öffentlichen Meinungsfindung werden. Es existiert zur Zeit kaum ein Raum, in dem Menschen über politische Themen diskutieren können. Die Planungen laufen auf Hochtouren, Vorbereitungstreffen sind jeden zweiten und vierten Mittwoch im AStA TUD um 18Uhr.

Mein persönlicher Schwerpunkt liegt im Projekt Wortwechsel, welches ich in den nächsten Monaten anschieben möchte.

Kontakt und Sprechstunde:

Dienstags 11.30-13.00 Uhr im AStA Telephon: AStA 06151/162117



Grämliche Geister



| | |
|-------------------------|--------|
| <i>große Teller</i> | Ø24 cm |
| <i>Kuchenteller</i> | Ø18 cm |
| <i>Suppenteller</i> | Ø24 cm |
| <i>Glasschüsselchen</i> | Ø14 cm |
| <i>Kaffeepötte</i> | |
| <i>Weingläser</i> | 0,2 l |
| <i>Sektgläser</i> | 0,2 l |
| <i>Wassergläser</i> | 0,2 l |
| <i>Bierbumpen</i> | 0,4 l |
| <i>Messer</i> | |
| <i>Gabeln</i> | |
| <i>Kuchengabeln</i> | |
| <i>Suppenlöffel</i> | |
| <i>Kaffeelöffel</i> | |

Preise pro Büroöffnungstag:
 für das Geschirr **-,10 DM**
 für das Besteck **-,05 DM**

Kautions 100,- DM

**Die Teile müssen gespült
 zurückgebracht werden!!!**

Telefonische Vorbestellung:
ASTA Lichtwiese 06151 / 163217
ASTA Innenstadt 06151 / 162117

Öffnungszeiten der ASTA-Büros:
Montag-Freitag 11.00-13.30
Montag-Donnerstag 9.00-13.30

Auch Du bist ein Standortproblem...

Ein Beitrag der "JungdemokratInnen - Junge Linke"

1. Die Universität, wie wir sie, quasi in den letzten Zügen liegend, noch kennenlernen, ist in den siebziger Jahren entstanden. Sie ist ein Produkt aus der damals ökonomisch notwendigen Investition in hochqualifizierte AkademikerInnen einerseits und der sich verselbständigenden sozialstaatlichen Idee "Bildung für alle" andererseits. Das heißt, das es zunächst gelungen ist, die Universitäten breiten Schichten, die bisher weitgehend von dieser Form der Bildung ausgeschlossen waren, zu öffnen. Bereits wenige Jahre nach Etablierung dieser Universität wurde jedoch schon damit begonnen sie auszuhöhlen. Über lange Zeit "nur", indem man die Universitäten "Überlast fahren" ließ, das heißt, die materielle Ausstattung der Universitäten wurde der steigenden Zahl von Studienanfängern nicht adäquat angepaßt. So konnte es kommen, daß sich Anfang der neunziger 1,8 Millionen Studierende gerade mal 900.000 Studienplätze teilen mußten und es so bereits zu unerträglichen Studienbedingungen kommen mußte. Parallel wurde das BAföG in nunmehr 18 Novellen immer weiter verstümmelt. Was dazu führte, daß der Anteil der Studierenden aus sozial schlechter gestellten Schichten auf ein Niveau gesunken ist, das unter dem liegt, das bestand, bevor das BAföG eingeführt wurde. So wurde das Ziel "Bildung für alle!" zwar immer wieder formuliert, für seine Umsetzung wurde aber auch in den bildungspolitisch "goldenen" Zeiten der 70er Jahre nur wenig gemacht bzw. wurde auch damals wegen diverser Sachzwänge auf sie verzichtet.

2. Die Auseinandersetzung um die Hochschulen hat jedoch in den letzten Jahren eine neue Qualität erreicht: Begnügte man sich bisher damit, die Hochschulen langsam ausbluten zu lassen, so ist man jetzt dazu übergegangen die Universitäten aktiv kaputt zu sparen. Die Kürzungen, der letzten Jahre haben dramatische Ausmaße angenommen, die Universitäten sind in der Substanz gefährdet, an vielen Hochschulen ist es soweit, daß ganze Fach- und Forschungsgebiete zugemacht werden, da der Betrieb dort nicht aufrecht erhalten werden kann. Diese geradezu halsbrecherische Kürzungspolitik verfolgt einen strategischen Zweck: Sind die Hochschulen schließlich ausgeblutet und ihre Lehr- und Forschungsaufgaben vollständig unerfüllbar, werden sich die Stimmen für Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren mehr und schließlich dominieren. Händeringend werden dann auch die rot (-grün) regierten Länder diesen Forderungen nachgeben und in eine Politik umsetzen, die sie aus eigener Kraft nicht durchzusetzen

imstande wäre. Dieser Kahlschlag wird in die allgemeine Spardebatte eingebunden und so der Eindruck erweckt, als handele es sich um ein bloßes Exekutieren von Sachzwängen, die zu befriedigen scheinbar die vorrangige Aufgabe jeder Politik ist. Es entsteht so das Bild des unpolitischen Sparens, ein Bild, das ebenso falsch ist, wie die Behauptung, die Gesellschaft habe kein Geld.

3. Die öffentlichen Kassen sind leer. In Bund, Ländern und Gemeinden, in den Haushalten ist gerade ein neues Loch von 47 Milliarden DM entdeckt worden. Die Positionen des politischen Parteienspektrums von CDU/CSU/FDP/SPD/Grüne ließen sich gegenwärtig so unterscheiden: Die einen hoffen auf bessere Zeiten für die Staatskasse, die anderen darauf, daß sie immer schlechter werden, oder richten sich jedenfalls darauf ein. Die SPD und linke Grüne scheinen auf ein Wirtschaftswachstum zu warten, das auf wundersame Weise an den Staatskassen nicht wie bisher vorbeigehen mag. Die anderen verfolgen Konzepte eines schlanken Staates, der sich von seinen öffentlichen Aufgaben nach und nach verabschiedet, sei es im Namen des Marktes oder der Zivilgesellschaft - was dasselbe ist. Dieses Konzept wird durch stetig sinkende Einnahmen stark begünstigt, so daß die Haushaltskrise jedenfalls von CDU/CSU/FDP nicht nur mit grundsätzlichem Wohlwollen verfolgt wird, sondern im Rahmen der Bonner Steuerreformpläne zu ihrer bewußten Verschärfung angesetzt wurde. Einig sind sich aber alle Parteien, daß die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte ausschließlich über drastisch verringerte Ausgaben zu bewältigen ist, anstatt die notwendigen Mittel dort zu holen, wo sie sich in den letzten Jahren angehäuft haben, nämlich bei den Besserverdienenden und den Unternehmen. Die hegemonialen neoliberalen Kräfte in Parteien, Wirtschaft und Medien haben die Globalisierung- und Standortdebatte derart erfolgreich forciert, daß jede steuerliche Einnahme und jede sozialstaatliche Ausgabe in der öffentlichen Diskussion zu einem Standortnachteil gerät. Auf diese Weise haben Bildungs- und Sozialpolitik generell ihren Stellenwert als demokratische Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse verloren, sondern erscheinen nur noch als ein Feld für Haushaltskonsolidierung.

4. Jede Form der Prioritätensetzung, die mit dem Sparen notwendig einher geht, enthält bereits eine politische Entscheidung, etwa die, diesen Fachbereich

zu schließen und nicht jenen. Dabei gilt momentan allgemein die Tendenz, daß institutionell Übliche zum Standard zu verkehren, das heißt zum Beispiel, daß das Frauenforschungsprojekt vor dem Kernforschungsprojekt gestrichen wird, bzw. Ägyptologie vor BWL. Die momentanen Umstrukturierungen gehen aber über diesen Punkt noch hinaus. Hinter den scheinbar konzeptlosen Einsparungen steht ein klares Bild von Universität. Die Hochschule wird zum Dienstleistungsbetrieb, der seinen Teil zum Standortwettbewerb beizutragen hat. Forschung und Lehre werden zu Dienstleistungen die sich auf dem Markt behaupten, das heißt verkaufen müssen. Bildungs- und Lehrinhalten bestimmen sich dementsprechend nicht mehr nach der gesellschaftlichen Notwendigkeit, sondern nach den monetären Bedürfnissen des Marktes. Ideologisch begleitet wird diese Umstrukturierung von einer künstlich forcierten Leistungsdebatte, in der strukturelle Probleme wie z.B. überfüllte Seminare und die daraus resultierenden längeren Studienzeiten zu Problemen der individuellen Studierfähigkeit umgedichtet werden. So entsteht das Bild des "sozialschmarotzenden" Langzeitstudis, der es sich in der "sozialen Hängematte" bequem gemacht hat und dem etwas wegzukürzen nicht mehr als legitim ist. Diese Debatte findet sich im gemeinsamen HRG-Entwurf von CDU, FDP und SPD wieder, dort werden die Mittel etabliert, die dabei helfen sollen, eben jene Studies loszuwerden als da wären, Zwangsberatung, Prüfungsverdichtung (es soll für alle Fächer eine Zwischenprüfung verbindlich vorgeschrieben werden) und eine generelle Festlegung der Regelstudienzeit (mit wenigen Ausnahmen) auf 9 Semester. In der Dienstleistungsuni ist der Studierende nur noch Kunde, die Bildung wird zur individuellen Investition in die eigene berufliche Zukunft. Die staatlichen Leistungen werden zur Vorfinanzierung des persönlichen Vorteils. Vor diesem ideologischen Hintergrund werden, die Studierenden zunehmend auf ihre privaten Ressourcen verwiesen: Bildungschancen werden so privatisiert und damit gesellschaftlich ungleich verteilt. Dies gilt bereits schlicht in finanzieller Hinsicht, durch die Notwendigkeit, Bücher zu kaufen, Repetitoren zu bezahlen usw. Soziale Bildungsvoraussetzungen durch das Elternhaus erlangen wieder neues Gewicht. Eine formelle Beschränkung des Hochschulzugangs durch weitere NCs oder Studiengebühren schließlich wird um so mehr zu Lasten von Kindern aus sozial schwächeren Schichten gehen. Das Kaputtsparen der Hochschulen hat also nicht zuletzt sozialen Ausschluß zur Folge.

5. Die oben skizzierte Entwicklung ist für jede Gesellschaft, die sich als demokratisch und freiheitlich versteht eine Katastrophe. Bildung spielt in allen demokratischen Systemen eine besondere Rolle. Die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung ist Voraussetzung für eine Gesellschaft von Gleichen,

da der individuelle Bildungsgrad entscheidend ist für den sozialen Status einer Person und somit eine adäquate Partizipation an demokratischen Prozessen erst ermöglicht. So ist die häufig denunzierte "Massenuni" ein zivilisatorischer Fortschritt, den es vor elitären Bestrebungen zu verteidigen gilt. Der freie auch materiell garantierte Hochschulzugang ist für jede Demokratie elementar. Bildung versetzt den Menschen erst in die Lage, die bestehenden Verhältnisse zu erfassen und ist daher Bedingung für Kritik und Veränderung, d.h. für den "mündigen Bürger". Dies gilt um so mehr, je komplexer die Lebenszusammenhänge in einer Gesellschaft werden. Bildung, die zur bloßen Ausbildung degeneriert ist, wird diesen Aufgaben immer weniger gerecht. Nicht daß sie es jemals so richtig getan hätte, hier bestände tatsächlich Reformbedarf. Gegen die Privatisierung von Bildung müssen wir unser Verständnis von Bildung als ein öffentliches Gut setzen. Seine Finanzierung ist weder ein Almosen noch (ggf. rückzahlbare) Vorfinanzierung privaten Nutzens, sondern eine originär staatliche Aufgabe. Wer die Hochschulen gnadenlosen Sparschweinereien unterzieht, verschlechtert nicht etwa einen wichtigen Faktor am rohstoffarmen Standort D, wie von unverständiger Seite bisweilen formuliert wird. Solche Kritik liegt politisch daneben nicht nur, weil für uns der Standort D (also die Gewinnerwartung der Unternehmen) kein Kriterium ist, sondern weil im Namen von Standortpolitik erst die Leere in den öffentlichen Kassen und damit die katastrophale Situation der Hochschulen erzeugt wurde, und weil gerade die neoliberalen Parolen vom schlanken Staat das Konzept "wettbewerbsorientierter Dienstleistungshochschulen" einschließen, die am Ende des Sparprozesses stehen. Entscheidend ist vielmehr, daß durch die Ausblutung der Hochschulen die Bedingungen für gesellschaftliche Demokratie untergraben werden. Bildung und Ausbildung sind notwendige Voraussetzung für individuelle und gesellschaftliche Emanzipation!

6. Die Mutation zur Dienstleistungshochschule stellt aber auch inneruniversitäre Demokratisierungsansätze in Frage. Während die hierarchisch gegliederte Ordinariatenuniversität- in den 70er Jahren durch die Gruppenuniversität ersetzt wurde, ist man heute in der Situation, diese allenfalls halbdemokratische Strukturen gegenüber der Universitätsleitung als Management zu verteidigen. Das Stichwort heißt auch hier Deregulierung: Kompetenzen über Finanzen, Struktur der einzelnen Universitäten werden nach "unten" verlagert, liegen zukünftig nicht mehr bei den Landesregierungen sondern bei den Universitäten selbst. Hier sind sie aber nur dann gut aufgehoben, wenn die Universität demokratisch strukturiert ist. Bei dem jetzigen Modell der Gruppenuniversität waren die Möglichkeiten der Einflußnahme aller Nichtprofessoren relativ gering. Deshalb

sparen wir das Konzept der Gruppenuniversität in unserer Kritik nicht aus. Neben der Demokratisierung der Gremien, der Mitbestimmung aller an der Hochschule Tätigen und der Abschaffung der Habilitation als Voraussetzung für die Lehre forcieren wir auch die Auseinandersetzung über die emanzipatorische Funktion in einer veränderten Gesellschaft. Aber auch diese Struktur ist bereits in Gefahr. Aus ökonomischer Sicht sind die universitären Gremien mit der Beanspruchung von Privilegien von Seiten der Professoren genauso uninteressant wie demokratisch strukturierte Entscheidungsgremien. Beide sind zu träge und ineffizient - handlungsunfähig. Als Dienstleistungsunternehmen benötigen

die Hochschulen Strukturen, in denen nicht demokratisch, sondern schnell und effizient entschieden wird. Durchgängige politische Figur ist hier "die Stärkung der Leitung der Hochschule". Diese ist dann -ohne Rücksicht auf Einzelinteressen nehmen zu müssen- befugt alle wesentlichen Entscheidungen zu treffen, und da sie dies in Konkurrenz zu den Leitungen anderer Hochschulen tut, wird sie die Attraktivität für die Kunden Drittmittelgeber und teilweise auch Studierende als Maßstab nehmen, nicht gesellschaftliche Notwendigkeiten. Eine Hochschule, die als Unternehmen von einer Riege Geschäftsführer geleitet wird, wird sich selbst als Standort im globalen Wettbewerb begreifen und jeden gesellschaftlichen und emanzipatorischen Anspruch an sich selbst aufgeben haben.

jungdemokraten/Junge Linke kämpfen für eine demokratische Uni in einer demokratischen Gesellschaft!

Wir fordern: Die ausreichende Finanzierung der Hochschulen durch öffentliche Gelder!

Die Abschaffung der Regelstudienzeiten und der Zwischenprüfungen !

Festschreibung der verfaßten Studierendenschaften und das politische Mandat für diese!

Freier Hochschulzugang für alle!

Umfassendes Verbot aller offenen und versteckten Studiengebühren !

Eine ausreichende Studienfinanzierung durch die soziale Grundsicherung für alle hier lebenden Menschen !

Abschaffung des universitären Ständetums !

Die radikale Demokratisierung der Hochschulen!

Mitten im schottischen Hochland liegt das Dorf Brigadoon. Es ist ein verzauberter Ort, dessen Bewohner nur alle 100 Jahre für einen Tag zum Leben erwachen. An so einem Tag verirren sich die beiden Amerikaner Tommy und Jeff nach Brigadoon. Eine tragische Fügung des Schicksals, denn Tommy verliebt sich in die zauberhafte Fiona - doch die wird bald wieder in ihren Dornröschenschlaf fallen.

Brigadoon

PERFORMING ARTS CENTER
 Amerikanisches Theater
 Eschollbruecker Straße 180
 64295 Darmstadt
 Tel. 06151-69-7336
 Fax: 06151-69-7291

Freitag, dem 22 Mai 1998

das Musical in englischer Sprache "Brigadoon" Premiere
 Beginn der Aufführung ist um 20Uhr.

Weitere Vorstellungen finden statt an folgenden Daten:

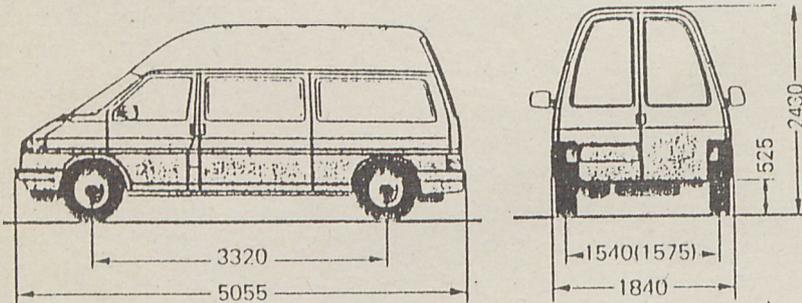
23, 29 und 30 Mai 1998

5, 6, 12, 13, 19, 20, 26 und 27 Juni 1998

Keine Reservierung ohne Vertragsabschluß; aus versicherungsrechtlichen Gründen nur an TH-Studierende. Mitzubringen sind: gültiger Studenausweis, Führerschein der FahrerInnen, Personalausweis sowie die Anzahlung (siehe Preisliste). Die Fahrzeuge stehen an einer Vertragstankstelle und können dort unter Vorlage des Vertrages abgeholt werden. Die Abrechnung des Kilometergeldes wird dort vorgenommen.

Kaution: Bei Abholung des Fahrzeuges ist eine Kaution in Höhe von 100,- DM zu leisten.

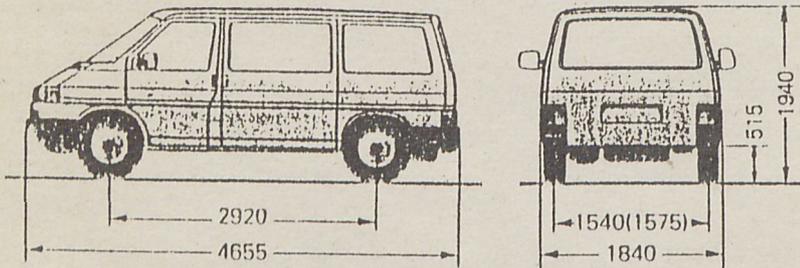
HOCHRAUMKASTENWAGEN:



Laderaumlänge: 2.885 mm
Laderaumhöhe: 1.882 mm
Laderaumbreite: 1.620 mm
Laderaumvolumen: 7,8 m³
Ladefläche: 4,6 m²

DIESEL TANKEN!

VW-KOMBI: (Sitze können gg. Kaution ausgeliehen werden)



Laderaumlänge: 2.485 mm
Laderaumhöhe: 1.415 mm
Laderaumbreite: 1.620 mm
Laderaumvolumen: 5,4 m³
Ladefläche: 4,0 m²

SUPER BLEIFREI TANKEN!

Preise: (incl. Vollkaskoversicherung mit 500 DM Selbstbeteiligung)

| | <u>KOMBI:</u> | <u>KASTEN:</u> | <u>ZEITEINHEITEN SIND:</u> |
|-----------------|---------------|----------------|----------------------------|
| VERTRAGSGEBÜHR: | 15,-- DM | 15,-- DM | 8.00 - 13.00 Uhr |
| JE ZEITEINHEIT: | 15,-- DM | 20,-- DM | 13.30 - 18.30 Uhr |
| JE KILOMETER: | -,40 DM | -,40 DM | 19.00 - 7.30 Uhr |

ÖFFNUNGSZEITEN: Büro Stadtmitte: Mo-Do 9.00 bis 13.30 Uhr
Mo-Do 9.30 bis 13.00 Uhr während der vorlesungsfreien Zeit
Büro Mensa LiWi: Mo-Fr 11.00 bis 13.30 Uhr

Einblicke ins Herz des transzendentalen Gewerbes Aberglaube und Wahn: Esoterikmesse in Darmstadt von Michael Enderlein

Die Esoterik boomt. Anfang April fand in Darmstadt die zweite Esoterik-Messe statt. Waren es im letzten Jahr noch 51 Verkaufsstände, so kamen dieses Jahr 67 Anbieter in die Orangerie. In drei Räumen (letztes Jahr zwei) wurden über vierzig Vorträge gehalten, denen noch mehr Menschen als 1997 lauschten. Interviews zufolge war ein großer Teil derer akademisch ausgebildet.

Doch woher das Interesse am Schabernack?

Aus jeder Ecke dringt Musik, die das Gehirn benebelt, dazu aromatische Öle welche das Atmen zur Anstrengung werden lassen. Verblüfft schiebt man sich vorbei an Tarotständen und Glasspielen, überall lauern Hellseher und Handlinienleser. Bedrohende Weissagungen und "tatsächliche" Gefahren treiben die nach Seelenheil Suchenden an.

Und wirklich: für jedes Gebrechen gibt es ein Gegenmittelchen, ebenso wie für alle der Hölle Geweihten ein ideeller Aufzug ins Paradies existiert. Von der Apokalypse bis zum Elektrosmog wird keine Gefahr ausgespart. Wer des öfteren am Rechner arbeitet oder vorm Fernseher sitzt, dem sei der Elektro-Smog-Harmonisator 333 empfohlen. Die Schwingungen dieses Gerätes schützen auch den eifrigsten Informatiker vor den greulichen Strahlen - und das für schlappe 98,-DM. Etwas weniger wirksam, da etwas weniger teuer, ist die Kristall-Katalysator-Perle für 45,-DM, die ebenfalls Strahlen schlucken kann. Wem also die eigene Bürde nicht schwer genug, der trage noch eine Murren dazu.

Abzockerrei hin, Systemimmanenz her, ein Ende hat der Spaß bei der Verblendung von Menschen. So wird unter anderem für Sekten geworben, Gutgläubigen das Ende der Welt eingeredet. Allen Ernstes wird in pseudo-wissenschaftlichen Vorträgen der Komet Hale-Bopp als Zeichen der Apokalypse herangezogen, daraus Krudes konstruiert. Im Juli 1995 sei Hale-Bopp in einer Entfernung von 666 Millionen Meilen gesichtet worden. 666 sei darüberhinaus in der Offenbarung des Johannes die Zahl des Antichristen. Dem Unglück nicht genug, passierte Boppie auch noch die Konstellation des Orion - nach dem jüdischen Talmud ein besonders bedrohliches Omen. Der Zeitpunkt der größten Annäherung an die Erde, der 23. März 1997, fiel zusammen mit dem jüdischen Purim-Fest und einer schrecklichen Mondfinsternis. Wer jetzt nicht das Ende sieht, muß den Teufel in sich haben. Doch was setzt man dieser Zahlenmystik entgegen? Vielleicht Umberto Ecos "Foucaultsches Pendel", in dem eindrucksvoll die Willkürlichkeit der

Berechnungen gezeigt wird.

"Sehen Sie jenen Kiosk dort", sagte er. "Ich lade Sie ein, nachher hinzugehen und ihn zu vermessen. Sie werden sehen, daß die Breite des Bodens 149 Zentimeter beträgt, also ein Hundertmilliardstel der Entfernung von der Erde zur Sonne. Die Höhe der Rückwand geteilt durch die Breite des Fensters ergibt $176 : 56 = 3,14$, die Zahl π . Die vordere Höhe beträgt 19 Dezimeter, soviel wie die Zahl der Jahre des griechischen Mondzyklus. Die Summe der Höhen der beiden vorderen und der beiden hinteren Kanten macht $190 \times 2 + 176 \times 2 = 732$, das Datum der Schlacht von Poitiers. Die Dicke des Bodens beträgt 3,10 Zentimeter und die Breite des Fensterrahmens 8,8 Zentimeter. Ersetzt man die Zahlen vor dem Komma durch die entsprechenden Buchstaben des Alphabets, so erhält man $C_{10}H_8$, die Formel des Naphtalins."

"Phantastisch", sagte ich, "haben Sie das gemessen?"

"Nein", sagte Aglié. "Das hat ein gewisser Jean-Pierre Adam an einem anderen Kiosk getan. Ich nehme an, daß alle Kioske der staatlichen Lotterie mehr oder minder dieselben Maße haben. Mit den Zahlen kann man machen, was man will. Wenn ich die heilige Zahl 9 habe und will auf 1314 kommen, das Datum des Märtyrertodes von Jaques de Molay - ein teures Datum für jeden, der sich, wie ich, der Tradition des Tempelrittertums verpflichtet weiß -, was tue ich dann? Ich multipliziere mit 146, dem Schicksalsdatum der Zerstörung Karthagos. Wie bin ich zu dem Ergebnis gekommen. Ganz einfach, ich habe 1314 durch zwei, durch drei und so weiter geteilt, bis ich auf ein befriedigendes Datum gestoßen bin. Ich hätte auch 1314 durch 6,28 teilen können, das Doppelte von 3,14, und wäre auf 209 gekommen. Und was ist 209? Das Jahr der entscheidenden Wende des Zweiten Punischen Krieges. Zufrieden?"

Dies mag lustig klingen, der latent antisemitische und rassistische Ton vieler Verkünder geheimen Wissens tut es nicht mehr. Eifrig werden Verschwörungstheorien wiedergegeben. Illuminaten, Freimaurer und andere Geheimbünde werden für alles Elend der Welt verantwortlich gemacht. Makabrer Hintergrund ist die Gleichsetzung von Geheimbünden mit Juden; so waren die Illuminaten (= Juden) nicht nur die Auslöser der Französischen Revolution (insbesondere natürlich des Terrors), mit der sie ihre

Weltentwicklungspläne durchsetzen wollten, sondern sind im Verborgenen die finanziellen Drahtzieher der Gesellschaft. Die Zwiespältigkeit der Einordnung Menschen jüdischen Glaubens, einerseits als terrorisierende Revolutionäre, andererseits als konservative monetäre Machthaber, läßt deutsche Traditionen deutlich scheinen. Im Nationalsozialismus wurde ebenfalls die Angst vorm jüdisch-bolschewistischen Volksfeind geschürt und gleichzeitig das jüdische Finanzkapital angeprangert.

Daß dies nicht nur historisch verqueres Denken ist, zeigen aktuelle Beispiele:

- Der Messeleiter redet, auf das gestiegene Interesse an germanischen Runen und Mythen angesprochen, vom "neugewonnenen Selbstbewußtsein der Mitteleuropäer" und grenzt die "germanische Kultur" vom "afrikanischen Schamanentum" ab. Damit schlägt er in die gleiche Kerbe wie die sogenannte Neue Rechte, die ebenfalls mit der Zugehörigkeit zu Kulturkreisen argumentiert, Assimilierbarkeit von Menschen in "andere Kulturen" leugnet und Rassismus über die kulturelle Ebene politikauglich macht.

- Während eines Vortrags auf der Messe wird vom "Besinnen auf die Wurzeln der eigenen Rasse" gesprochen. In verteilten Schriften heißt es: "Die Arier besitzen ein besseres Nervensystem für feinere Künste."

- Am Stand des Ladens "Anderswelt" wird die Zeitung "Hag und Hexe" angeboten, in welcher wiederum Werbung für den "Arun-Verlag" gemacht wird. Chef des "Arun-Verlags" ist Stefan Ulbrich, ehemaliger Funktionär der neofaschistischen Wiking-Jugend. Auch wird der Verlag in Berichten des Verfassungsschutzes als einschlägig rechtsradikales Forum genannt (vgl. VS-Bericht, Hamburg, 1996).

- Die "Junge Freiheit", eine Zeitung aus dem Spektrum zwischen Konservativismus und Rechtsradikalismus, thematisch fixiert auf völkischen Nationalismus, macht auf ihren Internet-Seiten Werbung einerseits für den "Arun-Verlag", andererseits für "Hag und Hexe".

- Der Esoterik-Autor Trutz Hardo nannte sein Buch "Jedem Das Seine", relativiert darin die Singularität des Holocaust und verharmlost damit das NS-Regime. Darüberhinaus spricht er die deutschen Verbrecher von jeglicher Schuld frei, denn diese trügen die Juden selbst, da alles Karma ist. Im Moment läuft gegen ihn ein von den Grünen und der Jüdischen Gemeinde in Hessen angestrebtes Verfahren wegen Volksverhetzung, u.a. wegen Aussagen wie der folgenden: "Viele Menschen hatten sich für ihr erneutes Erdenleben in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Reinkarnation als Jude ausgesucht, um ihren karmischen Ausgleich vor Beginn des Wassermannzeitalters zu bewirken. Und einige Tausend sind deshalb nur Juden geworden, um ihre Leidensbrüder und -schwestern unterstützend und mitleidend in die KZ's oder gar Gaskammern zu begleiten. Ich glaube, das alles, was einem Menschen auf Erden passiert, einen Sinn hat und daher gerecht-fertigt ist."

Bewußt wurden die Beispiele aus verschiedenen Bereichen gewählt, um die Akzentuierungen zu verdeutlichen. Von der unbedachten Werbung bis zum offenen Antisemitismus gibt es viele Stufen, wichtig ist und bleibt die Differenzierung. Bei weitem sind nicht alle Esoteriker im rechten Kontext zu sehen, auch die Messe war nicht beherrscht von diesem Geist. Bedenklich stimmt aber, daß immer mehr Beispiele für solche Verbindungen bekannt werden und sich die "Wissenden" einer Diskussion über ähnliche ideologische Muster im esoterischen und faschistischen Denken verweigern. Den anfangs dieses Artikels angesprochenen Schabernack mit Zahlenspielen und Tarot, mit Handlesen und Bachblüten kann man mit Adornos Worten "Okkultismus ist die Metaphysik der dummen Kerle" abtun, bei den politisch-ideologischen Verstrickungen muß indes genauer hingeschaut werden.

Fraglich bleibt zudem, warum in einer "Wissenschaftsstadt" öffentliche Räume für derartige Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werde ...

Dank gilt Günter Mergel von RadaR für seine Unterstützung, damit verbunden ist der Hinweis auf seine Sendung zum obigen Thema am 20. Mai 19-21Uhr.

„Vergewaltigte Frauen waren selbst Täter“

Esoterik-Autor Hockemeyer erklärte vor Gericht seine Form der Wahrheit – „Karmagesetz bestimmte auch den Holocaust“

Angeklagt der Volksverhetzung steht seit gestern der Esoterik-Autor Trutz Hardo Hockemeyer vor dem Neuwieder Amtsgericht. In seinem Buch „Jedem das Seine“ soll er den Holocaust verharmlost und die jüdischen Opfer verunglimpft haben.

■ Von Peter Messner

NEUWIED. Der in Berlin lebende Autor und Experte in Sachen Wiedergeburt wies die Vorwürfe in einem rund einstündigen Vortrag weit von sich. Zum einen machte er deutlich, daß er sich selbst als Freund des Judentums sieht. So habe er sich 1969 am Beginn des Sechs-Tage-Krieges

freiwillig als Kämpfer für Israel gemeldet. Die Anschuldigung, er sei Antisemit, sei völlig verfehlt.

Weiter führte er in seinem Exkurs zur Reinkarnation das Gericht und die rund 40 Zuschauer in die Welt der Wiedergeburten ein. Und zur Wiedergeburt gehöre unweigerlich auch das Karma-Gesetz, das beinhalte, daß ein jeder im Leben ernte, was er in seinem Vorleben gesät hat. Hockemeyers praktische Beispiele: „Eine Frau, die vergewaltigt wird, erhält damit die gerechte Strafe dafür, daß sie selbst einmal – als Mann – vergewaltigt hat.“ Wenn Kinder ermordet würden, sei dies eine Strafe für die Eltern, die in einem frühe-

ren Leben womöglich einmal ein Kind verstoßen hätten. So sei „karmisch“ gesehen auch der Holocaust an den Juden die Konsequenz für deren zuvor verübtes Unrecht.

Hockemeyer kritisierte, daß die Anklage auf aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate basiere, man müsse aber seinen „Bewußtseinsweiterungsroman“ als „Ganzes“ lesen. So haben nun die beiden Schöffen bis zum zweiten Verhandlungstermin das Vergnü- gen, das nicht mehr frei erhältliche Werk in Gänze zu lesen.

Auch weitere Zeugen sollen zur Verantwortlichkeit im her- ausgehenden Güllesheimer Verlag „Die Silberschnur“ vernommen werden.



Auf dem Weg in den Gerichtssaal: Trutz Hardo Hockemeyer ist der Volksverhetzung angeklagt. ■ Foto: Thomas Freitag

RZ-13.3.98

(„Rheinland-Pfalz“)

NS-Völkermord
verharmlost?
NEUWIED. Unter anderem wegen Verharmlosung des NS-Völkermordes stehen Anfang April der Schriftsteller Trutz Hardo Hockemeyer und der Druckvorlagenhersteller Stefan Huber vor dem Amtsgericht Neuwied.
Beide sollen laut Staatsanwaltschaft in Neuwied, Güllesheim und andernorts von März '96 bis März '97 entsprechende Schriften wie den Esoterik-Roman „Jedem das Seine“ aus dem Verlag „Silberschnur“ verbreitet haben.

KURZ UND BÜNDIG 15.4.98

Esoterik-Autor: „Meine Bücher verkaufen sich nicht“

Nur kurz dauerte gestern die Verhandlungsfortsetzung im Prozeß gegen den Esoterik-Autor Trutz Hardo Hockemeyer. Nach seinen Aussagen verkauft sich sein 1000 Seiten starkes Hauptwerk nur schlecht. Nur 250 bis 300 Exemplare des der Volksverhetzung verdächtigten Buches „Jedem das Seine“ seien binnen zwei Jahren verkauft worden. Auch das Wiedergeburt-Geschäft lief demnach im vergangenen Jahr denkbar schlecht. Die Angaben sind für eine mögliche Geldstrafe relevant. Der Prozeß wird kommende Woche im Neuwieder Amtsgericht fortgesetzt. (mes)

Vorwurf: Nazis verherrlicht

NEUWIED. Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat gegen den „Schriftsteller und Geschichtsführer“ Trutz H. und den Druckvorlagenhersteller Stefan H. Anklage erhoben.

Trutz H. wird vorgeworfen, in Neuwied, Güllesheim und anderen Orten Schriften verbreitet zu haben, „die den unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangenen Völkermord in einer Weise verharmlosen, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören (Volksverhetzung)“. Darüber hinaus wird er der Beleidigung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener beschuldigt. Stefan H. wird Beihilfe zu den Taten vorgeworfen.

Trutz H. soll Verfasser des „Esoterik-Romans „Jedem das Seine“ sein. Dieses Buch soll in einem Neuwieder, später Güllesheimer Verlag erschienen sein. Der Prozeß beginnt Anfang April vor dem Neuwieder Amtsgericht.

RZ-13.3.98 („Lokalteil“)

Bürgerlich
(Karl Krolow)

Seit längerer Zeit

Klasse ohne Zukunft

gutgekleidet und angenehm

beim Essen anzusehen

bürgerlich,

mit aufgeheiterten Gesichtszügen,

Verständnis für

moralische Leistung und

Kriegskunst.

Klasse ohne Ästhetik,

doch voll von Menschennatur

im Gartenhaus:

Figuren, gut im Zeug,

soziologisch weiter

interessant.

Behagen schwebt

auf und ab.

Wir wollen tun,

was wir tun können,

fleißig und im Walde

feierlich,

als zeitvertreibenden Genuß

Gefühl für Höheres

ohne Übereilung.